

BERICHTE

Kirchenfunkredaktionen und Amtskirche in Dauerkonflikt

In den Funkhäusern der BRD gibt es „Kirchenfunkredaktionen“, die bei vollkommener Selbständigkeit gleichwohl die Kirche in ihren offiziellen Lehren und inoffiziellen Äußerungen „darstellen“ sollen. Die Amtskirche ist mit den zunehmend selbstbewusster auftretenden Redakteuren unzufrieden geworden. Nun sollen die Kirchenfunkredaktionen auch noch umbenannt werden. Im WDR heißt die zuständige Redaktion schon seit einiger Zeit „Religion, Theologie, Kirche“ und im SDR „Kirche und Gesellschaft“. Als schließlich im NDR die Kirchenfunkredaktion das Wort „Kirche“ ganz fallen ließ und nur noch unter dem Titel „Religion und Gesellschaft“ firmierte, kam es zwischen ihr und dem kirchlichen Beauftragten zu einer scharfen Kontroverse darüber, was denn die Aufgabe einer Kirchenredaktion sei: eigenständiger Makler zwischen Kirche und Gesellschaft zu sein oder verlängerter Arm der Amtskirche?

Eine Aussprache wurde notwendig, und die Gesellschaft Katholischer Publizisten lud am 9. Oktober 1972 zu einem „Expertengespräch“ in die Bensberger Thomas-Morus-Akademie ein, bei dem Kirchenfunkredakteure und kirchliche Beauftragte über das Thema: „Kirche und Kirchenfunk. Ein notwendiger Konflikt?“ heiß diskutierten.

Als erster Referent meinte Dr. Klaus Simon, Redakteur beim WDR, dieser Konflikt sei allerdings notwendig: „Die Urheber des Konflikts sitzen nicht in den Funkhäusern, auch nicht in den Kirchenkanzleien. Der Konflikt wurde nicht provoziert — von keiner Seite.“ Er sei durch Veränderung entstanden. Die Umbenennung des Ressorts „Kirchenfunk“ in „Religion und Gesellschaft“ sei nur oberflächlich ein Streit um Namen; es gehe vielmehr um Themen- und Konzeptionsfragen und letztlich um handfeste Kompetenzansprüche von Seiten der Kirche und der Redakteure — und dies eben auf dem Hintergrund dessen, was sich in diesen Verhältnissen verändert habe. Sodann ging Simon auf die Problematik sog. „verkündigender“ Sendungen ein, denen auf der anderen Seite die redaktionell verantworteten sog. „informativen“ Sendungen gegenüberständen. Er plädierte dafür, nach zehn Jahren nutzlosen Gesprächs über Verkündigung als Inhalt religiöser Sendungen diesen Begriff für die nächsten zehn Jahre zum Nutzen guter Sendungen auf Eis zu legen: „Denn Verkündigung kann am ehesten passieren, wenn Glaubwürdigkeit und Qualität im Spiele sind und für die Aussagen die richtige vermittelnde Form gefunden wird. Verkündigung kann vielleicht intendiert, aber nie produziert werden.“

Dies sagte Simon besonders im Hinblick auf die Funktion der Kirchenbeauftragten, deren Verhältnis zum Redakteur man aus dem „Dunstkreis von Einfluß, Kontrolle oder Interessenvertretung“ heraushalten solle. Hier gerate man in die Gefahr eines Lobbyismus, der nicht nur Themen vermittelt und kräftig durchzusetzen versucht, den kirchlichen Charakter einer Sendung nur dann gewährleistet sieht, wenn der Kirchenbeauftragte direkt, bis zum Rohschnitt mitwirke. „Hier ist doch Partnerschaft erheblich strapaziert, die Grenze der Kompetenz kräftig überschritten.“ Doch im großen und ganzen habe sich das System der Beauftragten als praktikabel erwiesen, und es ermögliche durchaus eine faire Partnerschaft zwischen Funk und Kirche. Es

komme allerdings immer auf die Person und das hinter ihr stehende Kirchenverständnis an; deshalb trete er für ein „Akkreditierungs-Verfahren“ bei der Neubestellung von Kirchenvertretern ein. So sei eine Partnerschaft möglich, die in einer kompetenten Kooperation zwischen Rundfunk und Kirche zur Herstellung von Sendungen bestehe, in denen die Kirche — und zwar in ihrem jeweiligen breiten Meinungsspektrum — Objekt von Informationen, Reflexionen und Darstellung ist.

Simon schloß zehn Thesen zum Verhältnis von Kirche und Kirchenfunk an und meinte zum Abschluß: „Vergessen Sie das Wort ‚Verkündigung‘ und setzen sie an seine Stelle ‚Aufklärung‘ — nicht im Diderotschen oder Voltaireschen Sinne, sondern im Sinne eines tätigen Glaubens, der sich seiner selbst immer unsicher bleibt und daher nicht aufhört, Fragen zu stellen, und sich bemüht, sie nach den Worten Christi — nicht immer in Kongruenz zu kirchlichen Empfehlungen — zu beantworten“¹.

Dr. Henry Fischer, Mitglied des NDR-Programmbeirats und Vertreter der „Amtskirche“, baute eine Art von Gegenposition auf und lokalisierte den Konflikt auf zwei Ebenen: Einmal gehe es um das inhaltliche Angebot des Kirchenfunks und zum zweiten um die Struktur der Zusammenarbeit zwischen Funk und Kirche. Inhaltlich hätten sich die Programme in den letzten Jahren mehr und mehr von den Existenznöten der Menschen entfernt. Es werde nicht mehr theologisch, sondern viel zu „intellektualistisch“ argumentiert: Manche Sendungen erweckten den Eindruck, sie würden nur „für den Kollegen nebenan“ produziert, nicht aber als konkrete Lebenshilfe.

Zur Struktur der Kooperation meinte Fischer, Ausgangspunkt für die Arbeit der Sendebeauftragten sei „damals“ — nach dem Kriege — ein Kirchenverständnis gewesen, das die Kirche keineswegs nur als eindrucksvolle Potenz im öffentlichen Leben gesehen, sondern sie zugleich auch als eine theologische, geistliche Größe betrachtet habe, deren Wesen nur noch im Glauben erfaßt werde. Auf diese geistige Wirklichkeit der Kirche sei auch der Dienst des Kirchenfunks bezogen worden.

An diesem Kirchenverständnis habe sich allerdings einiges geändert: besonders die soziologische und gesellschaftspolitische Seite sei mit ganz neuen Akzenten versehen worden. Aber gerade aus dieser Akzentverschiebung heraus dürfe man dann dieser Gruppe, die sich in der Kirche darstellt, nicht ihren Lobbyismus ankreiden, wie er Parteien oder Gewerkschaften ohne weiteres zugestanden werde: „Ich bekenne mich also zum Lobbyismus der Institution Kirche, weil Kirche auch eine gesellschaftliche Größe ist.“ Umso mehr sei die Kirche zu diesem Lobbyismus berechtigt, als sich auch in den Anstalten ganz massive Interessen formierten: „Es gibt Redakteure, die mit einer Art von Prophetie auftreten, in einer Weise, die man den Kirchen sehr übelnehmen würde, weil solche Parteinahme gegen das Gesetz verstößt.“ In einer solchen Situation dürfe man sich nicht wundern, daß auch die Kirchenbeauftragten hart aufträten, um nicht „untergebuttert“ zu werden. Fischer mußte vielen Kirchenfunkredakteuren den Vorwurf machen, sie betrieben eine Fernseh-Theologie „auf eigene Faust“. Er beklagte, daß Kirche und Kirchenfunk zunehmend auf verschiedenen Frequenzen sendeten und sah dadurch das „freie Verkündigungsrecht der Kirche“ gefährdet.

Die anwesenden Kirchenfunkredakteure benannten in der folgenden, über fünf Stunden dauernden Aussprache den zunehmenden Abstand zwischen dem von der Kirche gelehrt und dem von den Gläubigen gelebten Glauben als die Ursache des Konflikts. Wenn sie nämlich diesen Abstand artikulierten, sei ihnen stets die Verdächtigung und

das Mißtrauen der Amtskirche gewiß. Sie selbst bemühten sich um eine neue Sprache des Glaubens, wobei sie aber oft pauschal mit kirchenfeindlichen Ideologen in den Funkhäusern in einen Topf geworfen würden.

Dr. Manfred Linz, NDR Hannover, meinte in einem längeren Diskussionsbeitrag, die Amtskirche suche das Problem in einer falschen Richtung. Dabei sei doch heute das schwierigste Problem, wie sich der christliche Glaube überhaupt noch verständlich machen könne im großen Kreis derer, „die in Denken und Tradition des Christlichen nicht mehr zu Hause sind, die freilich das Fragen nicht aufgegeben haben und aufgeben wollen, die den Erwartungshorizont der christlichen Botschaft nicht verlassen möchten, die aber mit den Antworten, so wie sie heute von der Kirche angeboten werden, einfach nicht mehr zu Rande kommen.“ Zu Dr. Fischer gewandt, meinte Linz, wenn der Kirchenfunkredaktion der Vorwurf gemacht werde, die Programme enthielten zu wenig Religion, zu wenig Glauben, aber zuviel Gesellschaftspolitik auf Kosten einer theologischen Vertiefung, dann sei dies eine grobe Verkennung der Situation, in der sich der Glaube und die Religion heute befänden: „Es wird sehr viel Theologie produziert, aber es wird ganz wenig Theologie kommuniziert. Daran aber versuchen wir zu arbeiten. Wir entfernten uns zu sehr von den Existenznöten der Menschen, lauteten die Vorwürfe von Henry Fischer. Ich habe keine andere Erklärung für diese Aussage, als daß Sie unser Programm nicht kennen. Wir haben Prospekte hier, die zeigen, daß unser Programm nicht kopflastig ist und daß dieser Vorwurf auch nur den Schatten einer Berechtigung nicht hat.“ Die Frage müsse vielmehr lauten, wie es gelingen kann, daß Existenznot und Gesellschaftspolitik zusammengeführt werden, anstatt das eine gegen das andere auszuspielen².

Die Diskussion brachte keine Einigung, aber man sprach wieder miteinander. Man war eigentlich auf beiden Seiten erstaunt über das gegenseitige Mißtrauen, für das keiner triftige Gründe angeben konnte. Im Gegenteil: mehrere Kirchenbeauftragte hoben die gute Zusammenarbeit hervor. So war es denn der Wunsch aller, mit einem Vorschuß an Vertrauen an das ohne Zweifel brisante Problem der Zuordnung von Kirche und Kirchenfunk heranzugehen und es einer Lösung zuzuführen.

Giselbert Deussen (Würselen)

Anmerkungen:

1. Der Vortrag von Klaus Simon wurde in ähnlicher Fassung veröffentlicht in: „medium. Zeitschrift für Hörfunk, Film, Bild, Ton“, Frankfurt, 2. Jg., H. 11, November 1972, S. 31—34.
2. Eine Niederschrift und ein Bericht über das Expertengespräch wurden von Dr. Hermann Boverter zusammengestellt. Seine Anschrift: Thomas-Morus-Akademie 506 Bensberg, Overrather Str. 21.

Der O. C. I. C.-Kongreß 1972 in Deauville

Die Verkaufshalle für reinrassige Rennpferde (Salle de Vente, sang pur) im normanischen Badeort Deauville bot ihre amphitheatralischen Sitzreihen Anfang Oktober 1972 nicht Kennern von Zaum und Zügel, sondern dem Internationalen Katholischen Filmbüro dar, dem O. C. I. C. Immerhin, so erklärte man, habe auch dieser vornehme hölzerne Rundbau etwas mit weltweiter Kommunikation zu tun. Fernseh-

kameras übertragen bei großen Versteigerungen das lebende Bild der Rassetiere über Nachrichtensatelliten in eine ähnliche Halle bei New York, wo dann Amerikas Rennställe mitsiehen und mitbieten können. Über den Häuptern des Präsidiums hing die elektronische Anzeigetafel für die Dollar-Gebote. Nach den Sitzungen harkte ein an Pferde gewöhnter treuer Hauswart die in den Sand getretenen Fußspuren der Präsidenten, Referenten und Repräsentanten wieder glatt.

Welttagungen auch kirchlicher Organisationen haben ihre organisatorischen, sachlichen und persönlichen Absichten. Die Neuordnung der Organisation geschah in der *Generalversammlung*. Das O. C. I. C. ist eine internationale Vereinigung nach belgischem Recht. Die Satzungen wurden neu gefaßt: Die Hinweise der Pastoralinstruktion „*Communio et progressio*“ von 1971 ergaben neue Aspekte für die Vereinsziele sowie für die Aufnahme neuer Mitglieder durch Erweiterung der Mitgliedschaft, die bisher den vom Episkopat errichteten und genehmigten Landesstellen vorbehalten war. Auch internationale religiöse Orden, Institute und Vereinigungen und ebenfalls Länder, deren Filmstellen bereits arbeiten, doch noch nicht vom Episkopat bestätigt sind, können nun Mitglieder werden. Als neuer Präsident wurde der kanadische Geistliche Lucien Labelle gewählt und der nach 25 Jahren intensiver Arbeit scheidende Prälat Dr. Jean Bernard zum Ehrenpräsidenten ernannt. Er behält auf Wunsch der Generalversammlung Sitz und Stimme im erweiterten Vorstand, dem „*Comité Directeur*“. Die Ergänzungswahlen zu diesem Gremium zeigten die Tendenz des O. C. I. C. zu kontinentaler Unterteilung und Freiheit für Sonderentwicklungen in den Ländern Europas, Amerikas, Afrikas, Asiens. Große Sorgen machen in allen internationalen kirchlichen Organisationen für kulturelle und publizistische Arbeiten die Finanzfragen, so auch hier in Deauville.

Die der Generalversammlung folgende *Studententagung*: „Film und menschlicher Fortschritt“ mußte der in den letzten Jahren vollzogenen Wandlung des Phänomens Film Rechnung tragen: Neben dem Film des gewerblichen Lichtspieltheaters ist das Fernsehen getreten, ferner das engagierte Filmdokument, der „Untergrund-Film“, der Kurzfilm, der Super-8-Film, die Bildkassette, die Tonbildschau, die Multi-Medien-Schau usw. Die Aufgaben der Registrierung, der Überschau und des Problemstudiums, wie sie bisher durch die kirchlichen Bild- und Filmstellen geleistet wurden, ist erweitert durch die Überprüfung bisheriger Urteilskriterien, Erarbeitung und Anwendung neuer und dem heutigen Unterricht angepaßter pädagogischer und didaktischer Methoden.

Besonderen Raum nahmen die Anregungen und Überlegungen zur Produktion und Auswertung eigens für religiöse Bildungs- und Unterrichtszwecke geschaffener Filme ein. Filmbeispiele zeigten die technischen, kulturellen und thematischen Differenzen verschiedener Länder und Erdteile.

Etwa 100 ausländische Teilnehmer aus 29 Nationen vertraten sparsam, doch repräsentativ die 50 Mitgliednationen des „Office Catholique International du Cinéma“ (O. C. I. C.). Die Ausrichtung „kleiner“ Weltkongresse in einer Kleinstadt erwies sich vorteilhaft für die Vorbereitung, Unterbringung, Bereitstellung von Material, Arbeitsklima. Man hätte sich vielleicht in Paris weniger wohl gefühlt und nicht so konzentriert arbeiten können. Dennoch standen die Hohen Protektoren, Präsidenten, Ehrengäste, Referenten und Pressevertreter nicht nur auf dem Programm, das vom französischen Katholischen Filmzentrum unter P. R. Berthier und Dir. G. Rosettis Leitung sorgfältig erarbeitet war. Sie waren auch fast alle persönlich anwesend: Kirchlicherseits Erzbischof Heston aus Rom, Präsident der Päpstlichen Kommission

für Kommunikationsmittel, Kardinal Gouyon aus Rennes, Vorsitzender der französischen Bischofskommission für Publizistik, der Ortsbischof von Lisieux und Bayeux, Msgr. Bardes und von „weltlicher Seite“: Dr. Rigeaud, Kabinetts-Chef des Kultusministers (den man auf Grund seiner ausgewogenen Rede über die künstlerischen und auch staatspolitischen Aspekte des heutigen Filmschaffens fast unter die Referenten der Tagung einreihen muß) sowie die repräsentative zahlreiche Vertretung der französischen Filmwirtschaft und der Presse. Der Kardinal von Rennes verlas das Schreiben des römischen Kardinalstaatssekretärs an den Kongreß, gerichtet an den bisherigen Präsidenten, Msgr. Bernard, Luxemburg. Erzbischof Heston ergänzte in längeren Ausführungen religiös-kirchliche Gedanken und Anregungen an die Versammlung, Gedanken der Pastoral-Instruktion „*Communio et Progressio*“ aufnehmend und weiterführend.

Anstoß und Einführung zum Studienthema der Tagung „Film und menschliche Entwicklung“ gab der Organisator, Père René Berthier, persönlich. Behutsam und an zahlreiche Beispiele des heutigen Filmschaffens erinnernd zeigte er die von älteren Menschen vielfach nicht verstandene, soziale, politische und auch direkt oder mittelbar geschichtsgestaltende Thematik und Tendenz des modernen Films, der insofern, in heutzutage vielerlei Gestaltung und Methode, der Entwicklung, dem Fortschritt des Menschen dient. Er vermittelt Kenntnis der Probleme des Alters, der Jugend, der Geschädigten, Unheilbaren, zeigt den anderen als Opfer politischer oder sozialer Verhältnisse, ruft zum Einsatz auf gegen Krieg, Diktatur, Polizeiregime, bis er sogar selbst zum politischen Pamphlet wird. Den Zuschauer schockiert er vielfach bewußt und unter Ausnutzung aller modernen technischen Möglichkeiten und stellt ihn vor Fragen und Entscheidungen, keineswegs immer erfreuliche.

Überrascht haben Persönlichkeit und Ausführungen des Leiters der amerikanischen Filmselbstkontrolle, Dr. med. Dr. phil Aaron Stern. Sein Referat: „Film als Element menschlicher Entwicklung“ entwickelte aus Erkenntnissen kindlicher Verhaltensforschung die Notwendigkeit einer stetigen und systematischen Bildung und Richtung der kindlichen Fähigkeiten zum anderen Menschen. Die Fähigkeit, sozial zu denken, zu lieben, müsse gelernt sein. Der junge Mensch sei, anders als vielfach angenommen, von Natur eher auf sich selbst konzentriert, narzistisch ausgerichtet. Kommunikationsmittel leisten einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des heranwachsenden Menschen. Nur dienen sie häufig als Ersatz für die Kräfte des Herzens, und die Entwicklung intellektueller Fähigkeiten in den wissenschaftlichen Disziplinen unterstütze vielfach einen Rückfall in den frühkindlichen Narzismus. Es gelte, den Menschen zur Liebe zu erziehen, die Kommunikationsmittel mit ihren großen Möglichkeiten einzuschalten. Sie geben Kontakt mit der Wirklichkeit in höherem Maße als das Wort allein. Von hier aus erhalten Person und Stellung des Lehrers neben den Eltern besonderen Rang, dessen sich auch Staat und Gesellschaft bewußt sein müßten. Produktion und Gebrauch von Kommunikationsmitteln, besonders des Films, sollten von dieser psychologischen und philosophischen Erkenntnis bestimmt sein und von hier aus urteilen.

Der Professor für Gesellschaftswissenschaft, Verwaltungsrecht und Politik an der Universität in Rio de Janeiro, Candido Mendes de Almeida, sprach mitreißend und feurig über den Film als Instrument der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen harten Beeinflussung, doch auch als Weg zur Freiheit. Zwei Kanadier, Olivier Fougères und Leonard Forest, der erste Produzent im nationalen Filminstitut Montreal, der zweite Filmregisseur und Kameramann, sprachen zum Thema „Film als

Mittel sozialer Auseinandersetzung“ an Hand ihres soeben fertiggestellten Films über die sozialen Aktionsgruppen und Gewerkschaften im Kampf um ihre Rechte und ihre Arbeit. Laiendarsteller in der Provinz Québec spielen sich und ihre Probleme selbst. Der Film erinnert in vielem an den deutschen Arbeiterfilm: „Liebe Mutter, es geht mir gut“, spielt indessen bei den Fischern in Neu-Braunschweig.

Das Programm sah eine Behandlung der Problematik des spezifisch christlichen Films, dessen erklärte Absicht die Glaubensdarstellung sei, durch eine Diskussion vor. Es sollten der italienische Regisseur Rossellini und der Weihbischof von Montpellier, Msgr. Jean Orchamp, miteinander auf dem Podium sprechen. Die Tagungsspanne kam in Gestalt eines Telegramms aus Rom, daß Rossellini an schwerer Grippe erkrankt sei. Wie reizvoll die Diskussion geworden wäre, konnte man nach den klaren, philosophisch und theologisch durchdachten und auch filmkundigen Worten des früheren Leiters des Katechetischen Instituts von Paris ahnen, dem nun leider das italienisch-feurige Pendant Rossellinis fehlte.

Menschliche und auch persönliche Ergänzung fanden die Tage von Deauville für alle Teilnehmer durch den Ausflug in die französische Normandie, vorbei an Soldatenfriedhöfen und neuerbauten Landhäusern und Städten zum berühmten Mont St. Michel. Beim Wortgottesdienst in der unteren Kapelle wurde die Epistel zum Erlebnis der Steinigung des hl. Stephanus nicht durch das gelesene Wort, sondern durch den Ausschnitt aus Rossellinis Film „Die Apostelgeschichte“. Noch konkreter und eindrucksvoller war allerdings die „medienfreie“ Eucharistiefeier im hohen Chor der oberen Kathedrale. Ein Wunsch blieb offen: Bei internationaler Gemeinde sollte überall auf der Welt die lateinische Liturgie in der katholischen Kirche den Vorrang haben vor noch so begeisterten Gebeten in der Landessprache, hier der Franken und Gallier, welche die Hälfte der Tagungsteilnehmer nicht versteht.

Die Resolution des „kleinen Weltkongresses“ von Deauville zeigen Kenntnis, Verständnis und Mut zum Fortschritt auf dem schwierigen Gebiet des Films, der sich heute in völlig gewandelter Gestalt in den Händen der Professionellen, der Pädagogen, Forscher und künstlerischer Amateure zeigt. Sie rufen auf zu Information und Kritik, zur Zusammenarbeit, zu Kontakt und gemeinsamer Bemühung über den Rahmen des Berufs, des eigenen Landes und der eigenen Konfession und Religion hinaus.

Anton Kochs (Bensberg-Bärbroich)

Pluralismus — Polarisation — Kommunikation:

„Pro - Mundi - Vita“-Kolloquium in Löwen

Theologen, Soziologen und Kommunikationswissenschaftler waren vom 11. bis 15. September 1972 von „Pro Mundi Vita“ nach Löwen eingeladen, um zum zehnten Jahrestag dieser Brüsseler Studien- und Forschungsstelle zu diskutieren, wie man die Kommunikationskluft im Zeitalter des Pluralismus überwinden könne. Dabei sollte es nicht um allgemeine theoretische Überlegungen allein, sondern konkret darum gehen, wie Führungskräfte und Verantwortliche in der Kirche das Kommunikationsdilemma meistern könnten. Deswegen auch der Gesamttitel des Treffens: „Bridging the Com-

munications Gap in an Age of Pluralism: A Challenge for the Leadership in the Church.“ Das Kolloquium selbst zeigte, wie schwierig es ist, die Informations- und Kommunikationskluft zwischen Vertretern verschiedener Wissenschaftszweige zu überwinden.

Die Zusammensetzung der Kolloquium-Teilnehmer machte vor allem in den Arbeitsgruppen bald deutlich, wie schwer es zwischen Vertretern verschiedener Fachrichtungen innerhalb der Kirche ist, zu einer wirklichen Kommunikation zu kommen. Die Theologen — manche von ihnen Wissenschaftler, andere „praktische“ Kirchenleute mit Erfahrung und zum Teil in führender Stellung —, die Soziologen und auch die in verschwindender Minderheit anwesenden Kommunikationsfachleute sprachen je eine andere Sprache. In wohl allen vier Arbeitsgruppen biß man sich auf eine Diskussion der Begriffe „Pluralismus“, „Polarisation“ und „Konflikt“ fest. So bemerkte eine der englischsprachigen Arbeitsgruppen z. B., daß Pluralismus wünschenswert und „in der Tat eine notwendige Voraussetzung“ für die Kirche sei, da ein bestimmtes Maß von Polarisation in jeder menschlichen Gesellschaft normal sei. Nur in der vollen Annahme untereinander als Personen und Individuen könne diese Polarisation überwunden werden. Eine der zwei französischsprachigen Gruppen forderte dann auch, daß dieses Phänomen der „Pluralisation“ Gegenstand soziologischer, historischer, ekklesiologischer und theologischer (nicht kommunikationswissenschaftlicher!) Überlegungen sein müsse. Hier zeigte sich sehr deutlich, wie die Kommunikationskluft, von der im Titel des Kolloquiums die Rede war, nur noch indirekt — wenn überhaupt — eine Rolle spielte. Der Kommunikationsprozeß mit seinen Elementen und Aktionsgesetzen war kein Thema der Diskussionen. Wie sollten schließlich auch die Teilnehmer des Kolloquiums, die meist selbst mitten im Polarisationsprozeß stehen, wissen, welche Antworten für eine solche Situation vielleicht auch von der Kommunikationswissenschaft gegeben werden könnten. So waren denn auch die Referate, die in die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften eingestreut waren, trotz mancher aufschlußreicher Informationen zu wenig auf das Ziel des Kolloquiums und aufeinander abgestimmt. Auch hier zeigte sich eine ähnliche Disparität wie bei den Arbeitsgruppen.

Für die Teilnehmer des Kolloquiums war die Tagung sicher eine gute, — wenn auch zum Teil frustrierende — Erfahrung. Dem Kommunikationsinteressierten wurde deutlich, wie viel gerade im kirchlichen Bereich noch zu tun ist, um Erkenntnisse der Kommunikationswissenschaft auch unter den Theologen bekannt zu machen. Die Kommunikationswissenschaft kann und sollte ja durchaus wichtige Bausteine zu einer Überwindung der Polarisation und des Konfliktes auch innerhalb der Kirche liefern. Das Kolloquium in Löwen war auch als eine Reflexion für die zukünftige Orientierung von „Pro Mundi Vita“ gedacht. Ob dies wenigstens im Ansatz erreicht wurde, wird die Zukunft zeigen müssen. Helfen können dazu vielleicht auch die Texte der Referate und der Arbeitsgruppen, die demnächst als Sammelheft in Brüssel erscheinen sollen (Anschrift: Pro Mundi Vita, 6, Rue de la Limite, Bruxelles 3, Belgien). Bewußt hat man auf eine gemeinsame Schlußresolution des Kolloquiums verzichtet und die Texte der vier Arbeitsgruppen als Grundlage für weitere Arbeit zur Kenntnis genommen.

Franz-Josef Eilers (Aachen)

Das Kommunikations-Team in Nord-Tansania

Im Februar 1971 wurde eine zweiwöchige Arbeitstagung für Kommunikation in Moshi, Tansania, abgehalten. Sie war veranstaltet durch AMECEA (Vereinigung der Bischofskonferenzen von Ostafrika) in Zusammenarbeit mit der TEC (Tanzania Episcopal Conference, Bischofskonferenz von Tansania) und anderen christlichen Kirchen in Nord-Tansania. An der Arbeitstagung nahmen 52 Interessenten teil, Katholiken, Lutheraner und Anglikaner, Priester, Schwestern und Laien.

Die Tagung bot nicht nur Belehrung und „in-service“-Training in Radio, Journalismus und audio-visuellen Mitteln, sondern gab den Teilnehmern der genannten drei Kirchen auch Gelegenheit, miteinander zu leben und zwei Wochen lang in gemeinsamem Bemühen zu arbeiten. Am Schluß war allen Teilnehmern klar, daß nicht aufhören dürfe, was man begonnen hatte, auch wenn alle wieder auseinandergehen.

Am letzten Tag wurde darum ein Treffen anberaumt, bei dem man die Nacharbeit diskutierte. Man war sich darüber einig, daß individuelle Anstrengungen der verschiedenen Teilnehmer im Bereich der christlichen Kommunikation nicht genügen würden. Teamwork, Gemeinschaftsarbeit, sei notwendig. Aber welche Art von Team? Zunächst wurde vorgeschlagen, jede christliche Kirche solle ihr eigenes Kommunikationsteam aufbauen, und diese Teams könnten dann auf ökumenischer Basis zusammentreffen. Dieser Vorschlag wurde aber einstimmig zurückgewiesen. Man bestand darauf, das Team solle von dem ersten Ansatz her ökumenisch sein.

Dieser Gedanke der vollen ökumenischen Zusammenarbeit wurde auch von Msgr. Joseph Sipendi, dem katholischen Bischof von Moshi, sowie von den Repräsentanten der lutherischen und anglikanischen Kirche unterstrichen, die am letzten Tag zu der Gruppe sprachen. Deswegen wurde entschieden, daß sofort ein ökumenisches Kommunikationsteam gegründet werden solle. Man schritt zur Wahl der Vertreter, und das Team war geboren. Über 95 Prozent der Mitglieder sind in Tansania geboren.

Zusammensetzung des Teams

Da Kommunikation ein sehr weites Feld umfaßt, wurde beschlossen, unter einem Zentralkomitee drei Gruppen zu bilden: für Radio, Presse und audio-visuelle Mittel. Das Zentralkomitee soll die einigende Kraft sein für die gesamte Region, die ganz Nord-Tansania umfaßt: Moshi, Same, Arusha und Mbulu. Das Komitee trifft sich regelmäßig, doch die drei Untergruppen kommen häufiger in jedem der vier Zonengebiete zusammen.

Jede der drei Gruppen wählte einen Zonenleiter und einen Assistenten. Die Leiter bilden zusammen mit dem Zonenvorsitzenden, dem Sekretär und dem Schatzmeister, Gebietsvertretern und Beratern das Zentralkomitee. Mitglieder aller lokalen christlichen Kirchen wurden in das Zentralkomitee gewählt.

Um den Kontakt zu den Interessenten aufrecht zu erhalten, entschied man schon beim ersten Treffen, einen Rundbrief (Newsletter) herauszubringen, genannt „Tangaza“ (Suaheli für „veröffentlichen“ oder „bekanntzumachen“). Dieser soll vierteljährlich unter den Mitgliedern des Teams zirkulieren. Er soll sie über Fortschritte informieren, die von jeder der drei Gruppen gemacht wurden, und über Entscheidungen unterrichten, die vom Zentralkomitee getroffen werden. Gleichzeitig dient er als Mittel für weitere Instruktionen über Prinzipien und Techniken der Kommunikation.

Aktionen

Ein Team zu wählen, ist einfach. Wichtig aber ist, daß es auch arbeitet. Was geschah nun, als das Team aufgestellt war? Die meisten Mitglieder kommen aus Moshi, und in diesem Gebiet wurden alle drei Untergruppen für Kommunikation zuerst gegründet, für Radio, Presse und audio-visuelle Mittel. Den Umständen entsprechend mußten die übrigen Gebiete bescheidener beginnen; aber folgende Aktionen wurden in allen vier Gebieten durchgeführt:

A. Presse:

1. Rundbriefe (Newsletters) wurden gestartet in den Diözesen Same und Mbulu:
 - a) Der Rundbrief in Same, „Pambazuko“ (Suaheli für „Anfang“, „Dämmerung“), hat jetzt einen Reporter in jeder Pfarrei.
 - b) Der Rundbrief in Mbulu heißt „Gazeti La Habari Za Jimbo Letu“ (Suaheli für „Unser Diözesan-Rundbrief“).
2. Die Schwestern „Our Lady of Kilimanjaro“ haben einen Rundbrief mit dem Namen „Kengele“ (Suaheli für „Glocke“) gestartet.
3. Bestehende lutherische und katholische Rundbriefe wurden verbessert.
4. Das katholische Regionalseminar in Kibosho hat eine eigene Veröffentlichung unter dem Titel „Kibosho Seminary Magazine“ begonnen.
5. Die Journalistengruppe in Moshi trifft sich monatlich.
6. Einige Artikel für konfessionelle Zeitungen wurden geschrieben.

B. Radio:

1. Das Suaheli-Studio des Senders „Radio Voice of the Gospel“ (RVOG) befindet sich in Moshi. Obgleich eine ökumenische Zusammenarbeit bereits seit Jahren besteht, wurde sie nach Errichtung der Kommunikationszonen verbessert.
2. Bis jetzt ist nur in Moshi eine Radiogruppe eingerichtet worden.
 - a) Diese Gruppe hält monatliche Treffen ab.
 - b) Bis heute sind nur Katholiken dieser Gruppe beigetreten, da die Lutheraner bereits durch RVOG in der Rundfunkarbeit engagiert sind.
 - c) Die Gruppe hat eine Reihe von Programmen für RVOG und Radio Tanzania produziert.

C. Audio-visuelle Mittel:

1. Ein Kinomobil für Film- und Diavorführungen wurde in Moshi angesiedelt. Dabei werden besonders die neuen Vita-Tonbild-Serien in Suaheli verwendet, die für fortgeschrittene katechetische Unterweisung in Pfarreien und Institutionen gedacht sind.
2. Kurzseminare über den Einsatz visueller Hilfen bei der Katechetik wurden in den Gebieten Arusha, Same und Moshi veranstaltet.
3. Die lutherische Kirche baut ihr audio-visuelles Zentrum in Arusha aus. Die Zusammenarbeit zwischen diesem Zentrum und der audio-visuellen Gruppe der Zone hat bereits begonnen.

D. Zentralkomitee der Kommunikationszonen:

1. Zwischen Dezember 1971 und Herbst 1972 hat das Zentralkomitee dreimal getagt. Da die Mitglieder weit verstreut wohnen, wurde beschlossen, ein Exekutiv-Komitee

aus vier Mitgliedern zu bilden, das dringende Entscheidungen ohne Verzug trifft und die laufenden Geschäfte abwickelt.

2. Der Zonen-Rundbrief „Tangaza“ dient zur Unterrichtung der Zonen-Mitglieder über Diskussionen und Entscheidungen, die auf Zonenebene durchgeführt werden.

Kommunikations-Ausbildung

Guter Wille allein reicht für den wirksamen Einsatz moderner Kommunikation nicht aus. Spezielle Ausbildung ist auch in diesem Bereich notwendig. Die zweiwöchige Kommunikations-Arbeitstagung von Moshi im Februar 1971 führte die Mitglieder der Kommunikationszonen in Prinzipien, Techniken und Benutzung der drei Mediengruppen ein. Der Kurs war intensiv, und einige Teilnehmer begannen am Ende der zwei Wochen bereits brauchbare Kommunikationsunterlagen zu erstellen. Doch allen war klar, daß weitere Ausbildung notwendig ist, wenn man alle Möglichkeiten und Fähigkeiten ausschöpfen will.

Obgleich die erste Arbeitstagung ihren Zweck erfüllte, eine Einführung in den gesamten Bereich moderner Kommunikation zu geben, waren viele der Meinung, daß künftige Arbeitstagungen innerhalb der Zone sich jeweils nur mit einem der drei Medienbereiche befassen sollten. Auf dem nächsten Zonen-Komitee-Treffen, wurde entschieden, sei ein spezieller audio-visueller Kurs abzuhalten. Weitere Kurse in Radio und Journalismus sollen später folgen. AMECEA war bereit, diesen audiovisuellen Kurs zu fördern. Er fand im Juli 1971 in Moshi statt. Die audio-visuelle Gruppe dieses Gebietes fand glücklicherweise in Schwester Gaudiosa, einer Tansanischen Schwester der Kongregation „Our Lady of Kilimanjaro“, die sieben Jahre in Übersee Kunst studiert hatte, ihre Leiterin. Sie und Reverend Robert Ward, Direktor des audio-visuellen Zentrums in Arusha, waren die Hauptinstruktoren dieser Arbeitstagung. Weitere talentierte Mitglieder des Bereichs halfen. So konnte diese Arbeitstagung auf rein lokaler Ebene stattfinden.

Die Zonenmitglieder erkannten allerdings, daß keine Tansanischen Kräfte vorhanden sind, die fortlaufendes Training anbieten oder Arbeitstagungen in Radio und Presse leiten könnten. Deshalb begrüßte man, daß Mitglied P. Lucas Massawe an einem sechsmonatigen Trainingskurs am AACC- (All Africa Conference of Churches)-Trainings-Zentrum in Nairobi teilnehmen konnte. Er beendete den Kurs im November 1971 und leitet nun die Radiogruppe des Gebiets.

Ebenso begrüßte man, daß zwei Mitglieder, P. Lui Shayo und Herr Kundaali Mushi, an einem dreiwöchigen Journalistikkurs des Africa-Literature-Zentrums in Kitwe, Sambia, teilnahmen. P. Shayo ist der Leiter der Pressegruppe und Herr Mushi der Herausgeber von „Umoja“, der lutherischen Zeitung in Moshi. Da ein Journalist zur Ausbildung viel längere Zeit benötigt als andere Kommunikatoren, glauben wir, daß ein oder zwei Mitglieder einen längeren Kurs mitmachen sollten.

Nun gibt es bereits eine verhältnismäßig große Anzahl von Mitgliedern in den Kommunikationszonen. Nur wenige Mitglieder werden besondere Ausbildungskurse besuchen können. Wie sollen sie das notwendige Training erhalten? Wir haben dieses Problem noch nicht fertig gelöst, aber einige Maßnahmen laufen bereits, wie z. B. die folgenden:

1. Wir halten mehr „Follow-up“-Kurse, im Maße wir die notwendigen Finanzen finden.

2. Wir sorgen, daß Teilnehmer in ihrem Kommunikationsbereich aktiv bleiben, damit sie so durch die Praxis lernen und sich um ein weiteres Training bemühen.
3. Wir bauen eine Gebiets-Bücherei mit entsprechenden Hilfsmitteln auf.
4. Wir verwenden die monatlichen Gruppen- und Gebietstreffen zur weiteren Unterrichtung der Mitglieder.
5. Wir gebrauchen den Gebiets-Rundbrief „Tangaza“ außerdem zur Unterrichtung aller Mitglieder.

Selbstkritik

Jeder Kommunikator muß zur Selbstkritik bereit sein. Dies gilt auch für unsere Arbeit, wenn sie verbessert werden soll:

1. Was wir hier beschrieben haben, zeigt, daß etwas getan wird: aber natürlich war nicht alles ein voller Erfolg.
2. Die monatlichen Zusammenkünfte der Gruppen wurden oft nicht gut besucht.
3. Die Radiogruppe wurde produktiv, aber die audio-visuelle Gruppe hat sich noch nicht freigeschwommen. Die Presse-Gruppe ist im Augenblick nicht sehr stark, aber sie ist bereits in Englisch und Suaheli tätig geworden.
4. Der Gebiets-Rundbrief „Tangaza“ ist als vierteljährliche Publikation gedacht, erschien in den ersten 10 Monaten aber nur zweimal.
5. Das Zentralkomitee hat sich — wie vorgesehen — getroffen, aber es waren nur drei der vier Gebiete bei diesen Treffen vertreten.
6. Obgleich die Kommunikationsgruppe unseres Gebiets als ökumenisches Team errichtet wurde, ist die überwiegende Mehrheit der Mitglieder katholisch. Einzelne Mitglieder aus anderen christlichen Kirchen in Nord-Tansania haben sich zwar aktiv an unseren Vorhaben beteiligt, aber die offizielle Unterstützung dieser Kirchen ist dringend notwendig und empfehlenswert.
7. Die Teams benötigen hauptamtliches Personal, das sich ganz für diese Arbeit einsetzt.

Finanzen

Kommunikation kann sehr teuer sein. Wie werden nun die Gebiete in ihren Aktivitäten unterstützt?

1. Unser erstes Prinzip ist ein negatives: Wir versuchen unnötige Kosten zu vermeiden. Die Gebietsgruppen hätten errichtet werden können mit bezahlten Angestellten, Reisebudget, Büroeinrichtung und -ausgaben. Dies alles kann zwar eines Tages kommen, aber wir haben uns entschlossen, ohne es zu beginnen. Daher haben wir zur Zeit die Gebietsgeschäftsstellen in der Kanzlei der Diözese Moshi untergebracht.
2. Unser zweites Prinzip ist, daß wir selbständig sein wollen, soweit es nur eben möglich ist. Keiner wird bezahlt, und alle Mitglieder zahlen ihre Unkosten soweit wie möglich selbst.
3. Unser drittes Prinzip ist, daß wir unsere Unkosten durch den Verkauf von fertigen Produkten selbst decken sollen. Dies klingt gut, bedeutet für uns in der Praxis aber keine wirksame Hilfe, da für die Produktion von christlichen Radioprogrammen nicht und für die Veröffentlichung von Artikeln nur wenig gezahlt wird. Wir hoffen, in Zukunft einige audio-visuelle Hilfen verkaufen zu können. Aber es ist zweifelhaft, ob wir damit die Finanzierungsfrage ganz lösen.

4. Einige Ausrüstungsgegenstände müssen angeschafft, zusätzliche Kurse müssen abgehalten, ein ständiges Büro soll errichtet und laufende Kosten sollen gesichert werden. Wir könnten die lokalen Kirchen bitten, diese Kosten zu tragen, aber da wir selbst Angehörige dieser Kirchen sind, wissen wir sehr gut, wie schwach ihre eigenen Quellen fließen.

5. Es ist deswegen klar, daß ein großer Teil der Finanzen in Übersee gesucht werden muß, wenn die christlichen Kirchen hier von den Kommunikations-Gebietsgruppen profitieren sollen, solange die örtlichen Verhältnisse nicht so sind, daß die lokalen Kirchen für ihre Bedürfnisse selbst aufkommen können.

Zukünftige Pläne

Die Kommunikationszone wurde geboren. Sie steckt noch in den Kinderschuhen und muß noch wachsen. Welche Form sie annehmen wird, wissen wir nicht. Sie ist eines der ersten Unternehmen ihrer Art in Afrika, und wir sind überzeugt, daß wir nicht versuchen dürfen, sie in ihrer Form an ausländischen Vorbildern auszurichten. Wir sollten sie besser in der lokalen Umwelt wachsen lassen. Doch auch bei einer solchen Entwicklung sind einige Dinge notwendig:

1. Fortlaufende Weiterbildung,
2. Arbeitstagen für jede der drei Mediengruppen.
3. Mehr und besser ausgebildetes lokales Personal.
4. Mini-Kurse auch für andere Gruppen wie etwa für Katechisten.
5. Größerer Wert muß noch auf die Nutzung örtlicher Gegebenheiten gelegt werden. Dies ist bereits bei unserem audio-visuellen Kurs geschehen, muß aber noch intensiviert werden.
6. Wenn das Gebiet der Kommunikation auch weit und offen vor uns liegt, müssen wir doch noch konkretere Zugänge finden.

Zusammenfassend können wir sagen, daß Kommunikationsmedien ihren Platz in Afrika wie in der Welt haben. Daher sollte die Kirche in Afrika die Änderungen akzeptieren, die der säkulare Medieneinsatz mit sich brachte, und diese Mittel als Geschenk Gottes betrachten, um sein Wort in Jesus Christus zu verbreiten.

Theobald Kyambo / N. E. P. Mtowe (Moshi)

Dokumentationen, Untersuchungen und Gutachten zur Einstellung von „Publik“

„Publik“ ist tot, aber immer noch im Gespräch. Die Diskussion um diesen von manchen vorausgesagten Tod wurde oft emotional und nicht sachlich geführt. Das Fehlen von Hintergrundmaterialien hielt „Publik“ bis heute im Gespräch. — Seit einigen Monaten liegen drei Untersuchungen über „Publik“ vor, die in übersichtlicher und knapper Form sowohl die wirtschaftliche und redaktionelle als auch die inhaltliche Entwicklung von „Publik“ beleuchten. Auftraggeber dieser Gutachten, die bisher noch nicht den Weg in die breite Öffentlichkeit fanden, ist der Verband der Diözesen

Deutschlands. Er vergab die Arbeiten an Prof. Karl Forster (München), Prof. Michael Schmolke (Münster) und Dr. Hans Wagner (München). Während Schmolke und Wagner die publizistische Leistung von „Publik“ zum Untersuchungsgegenstand hatten und u. a. der Frage nachgingen, „ob ‚Publik‘, wie von den Bischöfen gewollt, ein Forum war oder sich zu einem Richtungsblatt entwickelt hat“, legte Forster in seiner Dokumentation unter dem Titel „Gründung, Entwicklung und Ende der katholischen Wochenzeitung ‚Publik‘“ die wirtschaftlichen und rechtlichen Hintergründe dar.

Allen drei Untersuchungen lag umfangreiches Dokumentationsmaterial zugrunde; alle drei Gutachten standen unter einem erheblichen Zeitdruck, da zwischen Auftragserteilung und Fertigstellung außer bei Forster nur ca. vier Wochen lagen. Dies wirkte sich — so Schmolke — auf den Umfang des Untersuchungsmaterials und auf die Wahl der möglichen Methoden einschränkend aus. Während Schmolke und Forster in ihren Arbeiten Wertungen und kritische Anmerkungen vermeiden und sich auf die Darstellung von Daten, Fakten und Untersuchungsergebnissen beschränken, ist in dem Gutachten Wagners ein persönliches Engagement und ein persönliches Urteil über „Publik“ zu spüren.

Ziel unseres Beitrags ist es, die wesentlichen Ergebnisse der drei Untersuchungen darzustellen. Eine kritische, detaillierte Beurteilung der Gutachten hätte den Rahmen dieses Berichts gesprengt und wäre zu Lasten einer umfassenden Darlegung der Untersuchungsergebnisse gegangen. Dennoch wird nicht unkritisch referiert, sondern auch Stellung genommen. Die Gutachten werden einzeln in sich dargestellt. Dabei steht die Dokumentation von Forster an erster Stelle, gefolgt von den Gutachten Wagners und Schmolkes.

1. Forster: Dokumentation über Gründung, Entwicklung und Ende von „Publik“¹

Die Dokumentation Forsters umfaßt drei Bereiche, in denen der Verlauf der Entscheidungen der Deutschen Bischofskonferenz bzw. des Verbandes der Diözesen Deutschlands in der Angelegenheit „Publik“ ebenso dargelegt wird wie die wirtschaftliche Planung und Entwicklung der katholischen Wochenzeitung (KWZ), ferner Organisation und Kompetenzen der Gesellschaft für Publizistik m. b. H.

Der erste Teil zeigt zunächst auf, daß schon in der Planungsphase der KWZ unter den deutschen Bischöfen keine einheitliche Meinung zur Verwirklichung dieses Projektes bestand. Auf der Bischofskonferenz vom 16. 2. 1967 entschieden sich von den 20 anwesenden Diözesanbischöfen 17 für das Projekt, während sich drei der Stimme enthielten. Dennoch wurden zu dieser Zeit schon erste Beschlüsse zur Finanzierung der geplanten KWZ gefaßt: 15 Millionen DM auf fünf Jahre bindend zugesagt.

Mit der genaueren Vorbereitung und Aufstellung eines Organisationsplanes von „Publik“ wurden der Osnabrücker Bischof Helmut H. Wittler und Dr. Hans Suttner beauftragt. Gleichzeitig verlängerte man ihren Sonderauftrag für die Sonderkommission KWZ. Daß die Diskussion um die Finanzierung des Zeitungsprojektes nicht ohne Schwierigkeiten verlief, zeigen die Protokolle der Diözesanvertreterkonferenz vom 21. 8. 1967. Ob aus Unbehagen über die Höhe der Finanzierungssumme oder aus Skepsis gegenüber dem publizistischen Experiment drängten die Diözesanvertreter darauf, den KWZ-Plan nicht aus Kirchensteuermitteln zu fördern. Bischof Wittler nahm in der Planung von „Publik“, wie die Dokumentation zeigt, eine gewisse Schlüsselposition ein. Ihn beauftragte am 22. 9. 1967 die Deutsche Bischofskonferenz, eine Informationsschrift über das Projekt zu erstellen; ferner wurde er ermächtigt,

ab Dezember 1967 die Gründung der Verlagsgesellschaft durchzuführen. Bemerkenswert ist der Beschluß der Bischofskonferenz, die Auswahl der Treuhänder für die KWZ den bischöflichen Mitgliedern der Sonderkommission KWZ zu übertragen.

Aus dem Gutachten Forsters geht hervor, daß am 19. 12. 1967 die Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz von Bischof Wittler mit den ersten konkreten Entscheidungen zum Aufbau von „Publik“ konfrontiert wurden, der Ernennung von Dr. Suttner zum Geschäftsführer und Alois Schardt zum Chefredakteur. Die Gründung der Verlagsgesellschaft wurde auf Anfang Januar 1968 festgesetzt. Langsamer und schwieriger als erwartet erfolgte die Berufung von Treuhändern, zu denen u. a. Georg Leber, Heinrich Köppler und Paul Mikat sowie Weihbischof Walther Kampe, Josef Knecht und Hermann Abs gehörten. Im April 1968 konnte die Null-Nummer von „Publik“ erscheinen. Geschäftsführer Hans Suttner kam am 19. Mai 1968 bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Er war von Anfang an mit der Konzeption von „Publik“ beschäftigt gewesen und hatte alle Phasen der Planung und der Verwirklichung von „Publik“ begleitet.

Sein Nachfolger wurde Dr. Koerner, bei dessen Entwurf für den Haushaltsplan 1969, den er am 13. 2. 1969 dem Verbandsausschuß des Verbandes der Diözesen Deutschlands vorlegte, die ersten Abweichungen von den ursprünglichen Zahlen deutlich wurden. Nach seiner Meinung sollte sich bei einer Druckauflage von 130 000 Exemplaren und unter Zugrundelegung eines Zuschusses von 3 080 000 DM das Defizit bei einer Aufrechterhaltung von 32 Seiten sowie der Beilage „Publik-Visuell“ auf ca. 300 000 DM belaufen. Koerner wies in der Diskussion darauf hin, daß es sich bei diesen Angaben noch um einen Zieletat handle, der nur dann eingehalten werden könne, wenn der Einzelverkauf 1969 von 30 000 auf 50 000 Exemplare im Jahresdurchschnitt ansteigen würde. Als wunder Punkt erwies sich in diesem Zeitpunkt im Finanzplan von „Publik“ das Anzeigengeschäft. Im Gegensatz zum Nußberger-Gutachten, das von acht Anzeigenseiten pro Nummer ausging, stellte sich in der Praxis nur eine halbe Seite Annoncen ein. „Sollte dieses Geschäft so bleiben, muß“ — so Koerner — 1969 „ein zusätzlicher Bankkredit von 2 750 000 DM aufgenommen werden“.

Bei der Diskussion um die Frage, ob diese Summe durch einen Vorgriff auf die zugesagten Zuschüsse gedeckt werden könne, wurden die ersten Spuren für den Weg von „Publik“ in die roten Zahlen deutlich. Man erkannte in dem Gespräch richtig, daß es sich bei diesem Vorschlag nicht um einen Vorgriff, sondern um eine Erhöhung der zugesagten Zuschüsse handeln würde, die möglicherweise noch weiterstiegen.

Auf einer Besprechung des Treuhändergremiums vom 14. 3. 1969 gab Koerner eine noch pessimistischere Beurteilung der finanziellen Lage von „Publik“. Trotz Einsparungen auf dem Personalsektor, trotz Reduzierung der Druckauflage, trotz einer Umfangbeschränkung von 32 auf 24 Seiten sei 1969 mit einem Mehrbedarf von 3,5 Millionen zu rechnen, lautete seine Prognose. Den Zuschußbedarf von 1966 bis 1973 bezifferte er zu diesem Zeitpunkt auf 25 bis 28 Millionen DM.

Gutachten von Wirtschaftsprüfer Hubert Welte und Ulrich Nussberger zu dieser negativen Bilanz verwiesen darauf, daß die erheblichen Abweichungen von den Planungswerten durch eine Fehleinschätzung des Remissionsanfalls, durch die Erweiterung des Umfangs von 24 auf 32 Seiten und vier Tiefdruckseiten sowie durch eine verstärkte Besetzung der Redaktion entstanden seien. Nach Welte war bis 1973 die Rentabilitätsschwelle nicht zu erreichen. Trotz dieser pessimistischen Prognosen ent-

schlossen sich die Bischöfe — wie die Dokumentation zeigt —, „Publik“ eine weitere Chance zu geben, indem sie 3 Millionen DM im Vorgriff bewilligten.

Auf einer Versammlung des Verbandsausschusses des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 4. 9. 1969 wurde aus Darlegungen von Kardinal Höffner (Köln) und Domkapitular Gertz (Münster) sichtbar, daß „Publik“ 1970 voraussichtlich statt geplanter 2,4 Millionen DM 4,9 Millionen DM an Zuschuß brauchen werde. Aus der Erkenntnis, daß sich der Finanzbedarf in den fünf Anlaufsjahren nicht auf 15 Millionen DM, sondern auf 30 Millionen DM belaufen werde, regte der Verbandsausschuß erstmals an, die Möglichkeit einer Fusion von „Publik“ mit anderen Wochenzeitungen wie z. B. dem „Rheinischen Merkur“ zu prüfen.

Ein Gutachten des Wirtschaftsprüfers Dr. Erwin Pougin vom 15. 9. 1969 spricht eine klare Sprache. Es heißt darin: „Das wirtschaftliche Risiko ist z. Z. weder seiner Höhe noch seiner Fristigkeit nach zu übersehen. ‚Publik‘ kann nicht weitergeführt werden, wenn nicht meta-ökonomische Gesichtspunkte den Ausschlag geben sollen.“

Der meta-ökonomische Gesichtspunkt wurde auf der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 25. 9. 1969 und auf einer Sitzung des Verwaltungsrates des Verbandes der Diözesen vom 1. 10. 1969 verstärkt diskutiert. Dennoch, eine Mehrheit für eine Finanzierung von „Publik“ über die zugesagten 15 Millionen DM hinaus fand sich nicht. Vielmehr rückte auch hier der Gedanke in den Vordergrund, „Publik“ in einer anderen Wochenzeitung aufgehen zu lassen.

Die Diskussion um „Publik“ spitzte sich auf der außerordentlichen Vollversammlung des Verbandes der Diözesen am 27. 10. 1969 auf die Alternative zu: Weiterführung von „Publik“ oder Fusion mit dem „Rheinischen Merkur“. Am 10. 11. 1969 entschied man sich für eine Weiterführung von „Publik“, nachdem sich einige Bistümer bereit erklärt hatten, die bis zum 30. 9. 1973 über die bewilligten Startzuschüsse von 15 Millionen DM hinaus entstehenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im August/September 1971 wurde durch gelegentliche inoffizielle Äußerungen von Domkapitular Gertz, Bischof Tenhumberg und Weihbischof Kampe bekannt, daß die finanzielle Gesamtsituation von „Publik“ ernst sei. Hier wurden erste Zweifel laut, ob der zu erwartende Mehrbedarf von den an der Zusatzfinanzierung beteiligten Bistümern aufgefangen werden könne. Der neue Geschäftsführer Hübner erläuterte am 4. 12. 1970 die Haushaltsituation für 1970 und 1971. Danach sollte der Etat von 11 048 200 DM im Jahre 1971 nur knapp zur Hälfte aus Erlösen gedeckt werden.

Durch ein Schreiben des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Publizistik m. b. H., Dr. Carl Hanz Barz, vom 18. 10. 1971 an Julius Kardinal Döpfner (München) und alle Diözesanbischöfe wurde der deutsche Episkopat mit den ersten finanziellen Problemen von „Publik“ erneut konfrontiert und zu einer raschen Entscheidung aufgefordert. In dem Brief von Barz hieß es u. a.: „Von der zugesagten Basisfinanzierung und der in Aussicht gestellten Zusatzfinanzierung von zusammen 28 Millionen DM sind bisher 24 Millionen DM verbraucht. Bei Aufrechterhaltung der Zeitung im bisherigen Rahmen reicht der zur Verfügung stehende Betrag von vier Millionen Mark längstens bis Mitte 1972.“ Dabei bemerkte Barz, daß die noch vorhandenen vier Millionen Mark ausreichen würden, um bei Einstellung von „Publik“ und nach Durchführung eines Sozialplans für die Mitarbeiter ohne zusätzliche Ausgaben abzuschließen.

Wohl mit Wissen und Einverständnis von Josef Kardinal Höffner (Köln) und Bischof Franz Hengsbach (Essen), mit denen Kardinal Döpfner zu jenem Zeitpunkt

auf einer Bischofssynode in Rom weilte, sandte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz am 26. 10. 1971 an alle Diözesanbischöfe einen Brief zur Frage „Publik“. Darin bat er um Entscheidung darüber, ob damit zu rechnen sei, daß sich die Bistümer nach Maßgabe des Umlageschlüssels des überdiözesanen Haushaltes an der Aufbringung der für die Weiterführung von „Publik“ notwendigen Mittel beteiligen würden. Ferner wurde jedes Bistum gefragt, ob es *auch dann* bereit sei, sich an der Finanzierung der Weiterführung von „Publik“ zu beteiligen, wenn diese nur von *einigen* Bistümern getragen würde.

Die Antworten der Diözesanbischöfe ergaben kein hoffnungsvolles Bild. 15 Bistümer äußerten sich negativ zu beiden Fragen, fünf positiv, aber unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden Befassung diözesaner Gremien und durchweg mit Bedingungen und Einschränkungen, die — wie Forster schreibt — eine Aufbringung der erforderlichen Mittel durch diese fünf Bistümer unmöglich machten. Ein Bistum erklärte sich außerstande, vor Befassung der diözesanen Gremien irgendein Votum abzugeben.

Weihbischof Kampe, der Verhandlungen über eine Fusion von „Publik“ mit anderen deutschen Wochenzeitungen geführt hatte, versuchte in einem Schreiben vom 10. 11. 1971 an alle Diözesanbischöfe, „Publik“ zu retten. Er schlug die Gründung eines Gemeinschaftswerkes der katholischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland vor. Die Mittel für diese Stiftung sollten aufgebracht werden durch den festgelegten Prozentsatz der überdiözesanen Finanzmittel, die Kollekte zum Welttag der Kommunikationsmittel und durch Einnahmen aus gemeinsamen Veröffentlichungen. Im Rahmen dieses Gemeinschaftswerkes sollte das Defizit von „Publik“ getragen werden. Außerdem enthielt dieser Brief den Vorschlag, nach Kooperationsformen mit der Bistumspresse und KNA zu suchen. Diese Initiative blieb erfolglos.

Bischof Heinrich Tenhumberg (Münster) und Bischof Wilhelm Kempf (Limburg) unterbreiteten auf der entscheidenden Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 15. 11. 1971 Vorschläge zur Rettung von „Publik“. Bischof Tenhumbergs Vorschlag ging von der These aus, daß angesichts der Situation der Kirche in Deutschland die Notwendigkeit einer nachhaltigen kirchlichen Repräsentation im publizistischen Raum auf überdiözesaner Ebene bestünde. Die dafür erforderlichen finanziellen Aufwendungen sollten in der Abteilung 2 des Verbandshaushaltes bereitgestellt werden; ferner riet der Bischof mit durchaus publizistischem Weitblick zur Gründung einer Dachgesellschaft für Koordinierungs- und Kooperationszwecke der kirchlichen Publizistik.

Auf dieser Basis regte der Bischof von Münster daher folgende Beschlüsse an:

1. die Wochenzeitung „Publik“ wird unter Änderung der gesellschaftlichen Strukturen fortgeführt.
2. Die bisherigen Treuhänder werden gebeten, fortan unter Rückübertragung ihrer Gesellschaftsanteile an den Verband der Diözesen als „Publizistischer Beirat“ mitzuarbeiten. [. . .]
3. Im Rechnungsjahr 1972 werden für „Publik“ folgende Zuschüsse bewilligt:
 - a) Zur Deckung des laufenden Bedarfs sechs Millionen Mark.
 - b) Zur Abdeckung der Überschuldung 3,5 Millionen DM. [. . .]

In einer umfassenden Aussprache zu diesen Vorschlägen wurde darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung zu Vorschlägen der kirchlichen Publizistik allgemein ohne

Befassung der diözesanen Gremien und des Verwaltungsrates des Verbandes nicht möglich sei. Für die konkreten Maßnahmen zur Rettung von „Publik“ stimmten nur sieben Diözesanbischöfe, was Ablehnung bedeutete.

Einen erneuten Vorschlag des Bischofs von Münster, eine Empfehlung an die verantwortlichen Gremien zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel für „Publik“ auszusprechen, wurde von drei Bistümern zugestimmt, von sieben widersprochen, elf enthielten sich der Stimme. Somit wurde auch dieser Vorschlag abgelehnt.

Bischof Kempf stellte auf derselben Versammlung den Antrag, wenigstens für sechs Monate die Finanzierung von „Publik“ zu sichern, bis über den Vorschlag von Bischof Tenhumberg — Gründung einer Dachgesellschaft — vom Verband der Diözesen entschieden worden sei. Für diesen Zeitraum wären für „Publik“ drei Millionen Mark bereitzustellen gewesen. Als auch dieser Vorschlag abgelehnt worden war, regte Kempf an, wenigstens einen Aufschub der Entscheidung von drei Monaten zu beschließen und für diesen Zeitraum 1,5 Millionen DM zu bewilligen. Doch auch dieser Antrag wurde abgelehnt. — Die Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands beschloß somit am 15. 11. 1971 das Ende von „Publik“.

Im zweiten Teil seiner Dokumentation stellt Forster die wirtschaftliche Planung und Entwicklung von „Publik“ dar. Dabei bezieht er sich vor allem auf Gutachten des Instituts für Demoskopie Allensbach, den Wirtschaftsplan von Ulrich Nussberger und die Stellungnahme von Hubert Welte. Das Allensbach-Gutachten — datiert vom 14. 2. 1968 — äußert sich primär zu den publizistischen Gewohnheiten der katholischen Intelligenz in der Bundesrepublik und macht über die mögliche Zielgruppe einer KWZ folgende Aussagen: Für den potentiellen Leserkreis kommt eine Kerngruppe von 13 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Betracht. Ca. 2 Millionen Christen lesen pro Monat mindestens eine von 22 intellektuell anspruchsvollen Zeitungen und Zeitschriften und verwenden pro Woche drei oder mehr Stunden Zeit für die Lektüre. Die Nachricht von der Gründung einer neuen KWZ fand — so Allensbach — bei den potentiellen Lesern, Käufern und Abonnenten ein überwiegend positives Echo. 73 Prozent der Befragten äußerten sich positiv zu diesem Vorhaben, wenn die Zeitung ausdrücklich als offenes und kritisches Diskussionsforum bezeichnet wurde; 66 Prozent äußerten sich positiv, auch wenn dieser Hinweis fehlte; 90 Prozent der katholischen Geistlichen befürworteten die Gründung einer KWZ; 11 Prozent der katholischen Laienintelligenz erklärte mit Bestimmtheit, die KWZ abonnieren zu wollen.

Die Zahl der künftigen Abonnenten schätzte das Allensbach-Gutachten optimal auf 165 000. Es machte darauf aufmerksam, daß das Interesse für Abonnement und Kauf der Zeitung um so stärker wachse, je enger die Bindung an die Kirche sei.

Das Gutachten stellte ferner heraus, daß es vorwiegend der politisch denkende Teil der katholischen Intelligenz gewesen sei, den in besonderem Maße die Gründung einer katholischen Wochenzeitung interessiert habe. 76 Prozent der befragten potentiellen Leser nannten als Haupterwartung gegenüber der KWZ „Diskussionsbereitschaft“. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die katholische Laienintelligenz eine KWZ wünschte, die sich durch ein überdurchschnittliches Informationsniveau auszeichnen und gute Interpretationshilfen bieten, dabei unabhängig verschiedene Standpunkte zu Wort kommen lassen sollte. Die KWZ sollte fortschrittlichen, weltoffenen Katholizismus repräsentieren und als Diskussionsforum ein Instrument der kirchlichen sowie der gesellschaftlichen Entwicklung sein.

Das Gutachten von Ulrich Nussberger (1966/67), einem international anerkannten Experten, war für die wirtschaftliche Planung der KWZ von grundlegender Bedeutung. Es gliedert sich in einen allgemeinen Strukturplan, einen Zeitplan und eine Darstellung von Investitionsplänen mit der Untergliederung „Organisationsperiode“ und „Reifeperiode“. Im ersten Teil des Gutachtens weist Nussberger darauf hin, daß bei der KWZ das Hauptgewicht nicht auf dem finanziellen Erfolg, sondern auf der publizistischen Leistung liege, so daß das Gutachten die Planung von der Leistungsseite her untersuche und diese den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpasse. Daher erklärt sich, daß im Gutachten der Redaktion ein prozentual hoher Etat-Anteil zugesprochen wird. Diese Summe liegt höher, als sonst bei Zeitungen üblich. Nussberger warnte davor, die Erfahrungswerte von anderen Zeitungen zu übernehmen, da gewisse zahlenmäßige und prozentuale Größen nur im Rahmen der Gesamtstruktur einer bestimmten Zeitung Gültigkeit haben, auf andere Titel übertragen, jedoch u. U. zu falschen Schlüssen und Maßnahmen führen könnten. Daher stellt Nussberger zwei Zeit- und Investitionspläne auf: eine pessimistische und eine optimistische Fassung. Für die Redaktion der neuen KWZ stellte Nussberger die Forderung auf, daß von ihr schon in der Phase einer schwachen Nachfrage die volle Leseleistung erbracht werden müsse. Der Verleger könne seine Leistungen nicht den Erlösen anpassen, schrieb Nussberger. Er schlug für den Umfang der KWZ eine Basis von 24 Seiten vor, die schrittweise auf 28, 36 und 40 Seiten erweitert werden sollte. Als Format gab Nussberger in Abwägung der preislichen Differenzen und Lesegewohnheiten dem Berliner Format (47 mal 31,5 cm) den Vorzug. Es bleibt unverständlich, warum man sich in der Praxis nicht an diesen Rat hielt, sondern das Nordische Format (57 mal 40,0 cm) wählte, das nur 4 Prozent mehr Zeilen brachte als das Berliner Format, in den Kosten aber um 11 bis 13 Prozent höher lag.

Für die Redaktion sollten nach Nussberger 20 Prozent der Bruttoerträge aufgewandt werden, während normalerweise nur 15 bis 18 Prozent für Redaktionen verbraucht werden. Für den Chefredakteur wurde ein Jahresgehalt von 60 000 DM vorgeschlagen, für den stellvertretenden Chefredakteur 50 000 DM, für die Spartenredakteure je 42 000 DM. Als zu optimistisch erwiesen sich Nussbergers Angaben zum Anzeigengeschäft. Schon für die Anfangsphase von „Publik“ ging er von acht Seiten Anzeigen bei einem Gesamtumfang der Zeitung von 24 Seiten aus. Das Anzeigengeschäft sollte sich in der Endphase bei elf Seiten einpendeln. Diese Werte wurden von „Publik“ nie erreicht. Als mögliche Risiken für die KWZ nannte Nussberger eine zu geringe Durchschlagskraft der Vertriebswerbung, eine merkliche Verschlechterung der Konjunktur oder der politischen Lage, eine Reifezeit von über drei Jahren, höhere Redaktionskosten als vorgesehen, ungenügenden Eingang von Anzeigen, Kostensteigerung von Papier und Zeitungsherstellung, stärkere Erhöhung der Mehrwertsteuer als vorgesehen. Die Kosten der Organisationsperiode veranschlagte Nussberger auf 3 686 100 DM. Darin sind die Kosten für Gutachten, Programmstudien, Aufbau der Verlagsleitung, Büroeinrichtungen und Werbemittel enthalten. Die Reifeperiode der KWZ setzte er auf drei Jahre an. Dabei ging er von einer Verlagsleistung von 24 Seiten und einer Auflage von 100 000 Exemplaren aus. Nach seinem Gutachten waren für den Aufbau einer KWZ etwa 15 Millionen DM notwendig. Drei Jahre, mindestens fünf Jahre nach dem Start der Zeitung mußte es gelungen sein, das Objekt rentabel arbeiten zu lassen, hieß seine These. Wie stark in der Praxis die Abweichungen vom Gutachten waren, legt Forsters Dokumentation an Zahlen vom Jahre 1969 dar. Nussberger hatte für die Redaktions-Kosten einen Betrag von 1 165 600 DM veranschlagt. 1969 lagen die Ausgaben auf diesem Sektor jedoch bei 2 096 800 DM; waren für die

Vertriebsabteilung 125 055 DM vorgesehen, so lagen 1969 die Ausgaben in diesem Bereich bei 795 000 DM; die Kosten für das Archiv lagen nicht wie geplant bei 100 000 DM, sondern 1969 bei 266 700 DM. Ähnliche Abweichungen zeigt die Forster-Dokumentation in den Posten Herstellung und Versand auf.

Ein späteres Gutachten von Dr. Hubert Welte (1969) stellte — wie Forsters Dokumentation nachweist — für „Publik“ die Zukunftsprognose, daß ein Zuschuß von 15 Millionen deutlich überschritten werden müsse. Bis 1973 sei im günstigsten Fall mit einem Zuschußbedarf von 26 bis 27 Millionen DM zu rechnen, schreibt Welte. Er setzt eine Rentabilitätsschwelle erst bei einer verkauften Auflage von 210 000 verkauften Exemplaren an.

Daß in der Geschäftsführung von „Publik“ manche Gründe für die starken Kostensteigerungen und die negativen Bilanzen zu suchen sind, zeigt die Forster-Dokumentation an verschiedenen Stellen auf. Der Prüfungsbericht 1969 fiel im Hinblick auf die Buchführung negativ aus. Ein Bestätigungsvermerk des Jahresabschlusses wurde nicht erteilt, u. a. aus folgenden Gründen: Die Buchführung entspreche nicht den gesetzlichen Vorschriften. Sie sei nicht prüfbar, weil sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit keinen Überblick über die Geschäftsvorfälle und Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft vermitteln könne.

Unverständlich bleibt, wie es passieren konnte, daß auch dem Jahresabschluß 1970 ein Bestätigungsvermerk mit der Begründung versagt bleiben mußte, da die Buchführung und das Belegwesen nicht ordnungsgemäß seien, die Buchführung nicht alle buchungspflichtigen Vorgänge enthalte und nicht den gesetzlichen Vorschriften entspreche. Hieß es doch im § 5 des Treuhändervertrages: „Die Treuhänder haben die Pflicht, die Geschäftsführung laufend zu überwachen“, wie Forster im dritten Teil der Dokumentation darlegt.

Im Bereich der Kompetenzverteilung und dem rechtlichen Aufbau der KWZ findet sich über die Verantwortung der Redaktion die Aussage, daß die Redaktion in der konkreten Behandlung von Einzelfragen Freiheit haben müsse. Für den Abschluß von Verträgen mit Redakteuren wurde u. a. folgender Gesichtspunkt genannt, der zu berücksichtigen sei: „Die Konzilsaussagen müssen voll akzeptiert werden, sowohl was die Zuständigkeit des Amtes als auch was die Zuständigkeit der Laien angeht.“ In der konstituierenden Sitzung des Treuhändergremiums vom 29. 3. 1968 wurden für das Redaktionsprogramm von „Publik“ vor allem der stark informative Charakter, die Lesbarkeit für Nichtkatholiken, die Absage an den Provinzialismus, die integrierende Bedeutung der Theologie für die einzelnen Sachbereiche unterstreichen.

Interessant ist eine Aussage über die Entwicklung von „Publik“, die auf einer Versammlung der Treuhänder am 22. 1. 1969 gemacht wurde, in der es heißt, daß die Leserbriefe, die zu den Nummern 1 bis 11 zu 70 Prozent negativ waren, jetzt zu 70 Prozent positiv seien. Ferner wurde betont, die Entwicklung zeige, daß „Publik“ eher die jüngeren Leser anspreche, während zahlreiche Abbestellungen von älteren Leuten kämen. — Darüber hinaus enthält der dritte Teil der Forster-Dokumentation zahlreiche Informationen über die redaktions- und verlagsinterne Atmosphäre.

Erste Spannungen wurden in einem Beschluß des Treuhändergremiums vom 26. 6. 1969 deutlich, in dem eine sehr klare und scharfe Stellungnahme zur Frage des Weiterbestehens von „Publik“ von den Bischöfen gefordert wurde; die psychische Belastung der Redakteure und Verlagsmitarbeiter müsse abgebaut werden, hieß es auf der Sitzung. Den Bischöfen müsse die Frage gestellt werden, ob sie das Unternehmen bejahen und damit die internen Angriffe aufgeben.

Gerade in der Endphase von „Publik“ wurden Differenzen zwischen Geschäftsführer Hübner und Chefredakteur Schardt deutlich. Hübner stellte in einer Sitzung des Aufsichtsrates vom 7. 10. 1970 die These auf, daß „Publik“ am Markt vorbei produziert werde, worauf eine heftige Diskussion mit dem Chefredakteur entstand. Am 8. 3. 1971 traf das Treuhändergremium u. a. die Feststellung, daß die Wechselwirkung der unterschiedlichen Auffassungen von Verlag und Redaktion das Produkt bislang günstig beeinflusst hätten und „Publik“ eine Verbesserung der journalistischen Verarbeitung der Stoffe zeige. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die in den letzten Wochen aufgetretenen Spannungen zwischen Verlag und Redaktion leider eine starke Belastung seien und unter allen Umständen abgebaut werden sollten. Verlagsleiter und Chefredakteur wurden aufgefordert, die Verhärtung der Fronten zu überwinden.

Dies ist, wie die Forster-Dokumentation aufzeigt, bis zum Tod von „Publik“ nicht gelungen.

II. Wagner: Forumsauftrag und Forumswirklichkeit²

1. Voruntersuchung zum Forumsbegriff

Als Bezugsmaterial gibt Wagner acht Quellen an, worunter sich jedoch kein formaler Programmbeschluß befindet, den es auch offenbar nicht gegeben hat. Zwei der acht angegebenen Quellen weisen allerdings nach Wagner einen hohen Verbindlichkeitsgrad auf, und zwar erstens der „Bericht des Vorsitzenden, der von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzten Sonderkommission, Bischof Dr. H. Wittler, samt Beschluß-Entwurf zur Vorlage bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 13. bis zum 16. 2. 1967 in Bad Honnef“ (3) und zweitens „eine im Auftrag der Fuldaer Vollversammlung von Bischof Dr. H. Wittler zusammengestellte Informationsschrift, die den Mitgliedern jener Diözesangremien vertraulich zugeleitet wurde, die nach dem Beschluß der Fuldaer Vollversammlung zu dem Projekt gehört werden sollten. (Datiert vom 5. 10. 1967)“ (4). Die anderen von Wagner angeführten Texte sollten „nur als sekundäre Interpretationshilfen herangezogen werden“ (5). Nach der Wittler-Vorlage soll die Zeitung „in erster Linie gründlich, redlich und schnell informieren, in zweiter Linie eine überlegte Kommentierung der Zeitgänge bieten, sodann zu wichtigen Ereignissen eine sorgfältige Dokumentation bringen, schließlich Forum der innerkirchlichen Diskussion sein“ (6). Die Frage allerdings, inwieweit die Redaktion der katholischen Wochenzeitung etwa in kirchenpolitischen Fragen an die Meinung des Episkopats gebunden ist, wird in diesem Wittler-Papier als noch nicht zu Ende diskutiert bezeichnet. Im Anschluß an die Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischofskonferenz 1967 gab Kardinal Döpfner eine Pressekonferenz, auf der das Projekt einer katholischen Wochenzeitung und die Zusammenfassung der Programmgrundsätze bekannt gegeben wurden. Darin heißt es, daß die KWZ nicht „Sprachrohr der Amtskirche, sondern Organ des Katholizismus“ (7) sein müsse und es wird festgestellt: „Da Katholizismus heute eine Pluralität von Meinungen umfaßt, wird die Wochenzeitung diese Vielfalt widerspiegeln und ein Forum der innerkatholischen Diskussion sein.“ (7) In dem Memorandum an die Diözesangremien wird dann allerdings über die Treuhänder eine gewisse Bindung der KWZ an die Bischofskonferenz hergestellt, wenn es dort heißt, „daß es zu den Rechten und Pflichten der Treuhänder gehöre, der Deutschen Bischofskonferenz gegenüber die Gesamthaltung der katholischen Wochenzeitung zu verantworten. Dieser Verantwortung sollten die Treuhänder durch eine gerechte Dauerbeobachtung

der Zeitung nachkommen; andererseits (?) wurde den Treuhändern Richtlinien-Kompetenz gegenüber der Redaktion zugewiesen.“ (8) Eine endgültige und eindeutige Klärung des Forum-Begriffes und der damit verknüpften Erwartungen und Vorstellung auf seiten der Bischöfe sieht Wagner in der weiteren Beschreibung der Tätigkeit der Treuhänder im gleichen Memorandum gewährleistet. Die Aufgabe des Treuhänder-Kollegiums solle darin bestehen, „ein gerechtes Gleichgewicht der Meinungen innerhalb der Redaktion zu gewährleisten und insbesondere zu verhindern, daß die Zeitung entgegen den Beschlüssen der Deutschen Bischofskonferenz für Gruppeninteressen innerhalb des Katholizismus einseitig in Anspruch genommen wird.“ (13) Wagner faßt schließlich die Intentionen der Bischöfe, wie sie sich in den von ihm zitierten Quellen niederschlagen, folgendermaßen zusammen: „Die Bischöfe wollten eine katholische Wochenzeitung, die ein Forum für die innerkirchliche Diskussion primär sein sollte; die als solches Forum der innerkirchlichen Diskussion ein konkretes Bild der vollen kirchlichen Wirklichkeit im ‚Zeitgespräch der Gesellschaft‘ repräsentieren sollte. Die Bischöfe verlangten damit von der katholischen Wochenzeitung und ihrer Redaktion mit Priorität eine auf Vermittlung aller kirchlichen Gesprächspartner und der von ihnen vertretenen Meinungspositionen (soweit sie die unverzichtbaren Grundsätze für die innerkirchliche Kommunikation nicht verletzen) abzielende Leistung; das Bemühen um vollständige und besonders gründliche Information über alle Vorgänge in der Kirche; die Ausschöpfung aller journalistischen Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Bemühungen. Die Bischöfe erwarteten ausdrücklich, daß die Redaktion selbst in angemessener Form einen festen Standpunkt zu innerkirchlichen, kirchenpolitischen und gesellschaftspolitischen Fragen vertreten, also der Zeitung durch ihre eigene Meinungsäußerung ein Profil geben sollte. Das Gestaltungsprinzip Forum schließt also die Meinungsartikulation der Redaktion nicht aus, sondern ein.“ (18)

Um die medientechnischen Realisierungsmöglichkeiten eines solchen Forums zu beweisen, zitiert Wagner einige Autoren der Fachliteratur, und zwar Th. Welcker („Die vollkommene und ganze Preßfreiheit“ 1830), B. M. Aswerus (keine Titelangabe, 1954 und 1961), H. Starkulla (1971) und G. Roelleke (1970, wie Starkulla ohne Titelangabe). Aufgrund dieser Aussagen glaubt Wagner zu folgender Conclusio kommen zu können: „Es kann demnach festgestellt werden, daß das in der Programmdiskussion entwickelte und von den Bischöfen schließlich als Auftrag gebilligte Gestaltungsprinzip Forum wissenschaftlich begründet ist.“ (21)

(Als Autoren dieses Berichts haben wir Zweifel daran, ob es heute noch möglich ist, eine Sache für „wissenschaftlich begründet“ zu erklären und als Beweis dafür einige nach eigenem Gutdünken ausgewählte Autoren zu zitieren. Zum anderen werden m. E. die Zitate falsch interpretiert. Die Autoren sprechen von „der Presse“ [Welcker], „den Massenkommunikationsmitteln“ [Aswerus] „den Zeit-Schriften“ [Starkulla], meinen also die Medien in ihrer Gesamtheit, und nicht ein einzelnes Periodikum. Außerdem ist die Aussage des Presserechters Roellecke ein Postulat, nicht aber eine Aussage über die medientechnische Realisierbarkeit des Forums. [„Die Presse hat nicht die öffentliche Aufgabe zu belehren, zu kritisieren, zu bilden, zu unterrichten, oder das Gemeinwohl zu artikulieren, wohl aber die gesellschaftliche Funktion, der Meinung aller eine Chance zu geben“ (20)]. Der noch hinzugefügte Hinweis auf den Forumscharakter öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik als Beweis für die Realisierbarkeit des Forums ist deshalb unzulässig, weil diese beiden Medien so verschieden sind, daß sie nicht unmittelbar miteinander

verglichen werden können. Hier wäre ein vergleichender Blick auf den übrigen Zeitungsmarkt näherliegend und besser gewesen. Der Anspruch an die KWZ, Forum zu sein, bedeutet nichts weniger als das zu leisten, was sonst die *Gesamtheit* der Massenmedien leisten soll, nämlich die Pluralität der Meinungen in der Gesellschaft widerzuspiegeln).

In einem nächsten Schritt fragt Wagner nach den massenmedialen Vermittlungsmöglichkeiten eines derartigen Forums und kommt dabei zunächst zur Charakteristik der Formen der *Fremd-* und der *Eigenvermittlung*. „Die Formen der Fremdvermittlung sind dadurch charakterisiert, daß sie manifeste Wertungen und Urteile des Vermittlers nicht enthalten.“ (28) Als „große Formen“ der Fremdvermittlung werden genannt: die Dokumentation, der Artikel (von nicht der Redaktion angehörenden Autoren) und Gespräche. Eine „kleine Form“ stellen die Leserbriefe dar. Es gibt ferner Formen der Fremdvermittlung, die einen relativ hohen Grad der Eigenvermittlung beinhalten. Dazu gehören das Interview, der Bericht, die Nachricht und die Chronik. Wenn der Vermittler dagegen manifeste, eigene Wertungen vornimmt, etwa in den journalistischen Formen des Kommentars oder der Glosse, handelt es sich um reine Eigenvermittlung: Mischformen ergeben sich, wenn Fremdvermittlung der Eigenvermittlung untergeordnet wird, etwa in der Reportage oder dem Feature. Bei der Forumsverwirklichung gebühre — so Wagner — die Priorität den fremdvermittelnden journalistischen Techniken, mit deren Hilfe die in der Gesellschaft existenten Meinungspositionen vollständig repräsentiert werden sollen. Angesichts der Vielfalt der schon bestehenden katholischen Publikationen stellt sich Wagner die Frage, ob ein solch universelles Forum überhaupt noch nötig war und beantwortet diese Frage gleich positiv mit der Begründung, daß zur Orientierung und zur Integrierung des einzelnen in die Gesellschaft gesamtgesellschaftliches Wissen benötigt werde und daß dieses aus praktischen Gründen nicht durch Rezeption aller schon existierender Blätter möglich sei; der Leser brauche also ein universelles Forum. „Das heißt im einzelnen: technisch ermöglichte und technisch vermittelte Kommunikationsräume, die die jeweilige gesellschaftliche Gesamtheit umfassen, einbeziehen und repräsentieren; technisch ermöglichte Foren, die inhaltlich zumindest tendenziell eine universelle Darstellung des sozial-kulturellen Tagesgeschehens anstreben, um damit potentiell jedermann über die gesamtsozialen Zusammenhänge zu informieren.“ (36)

2. Die formale Vermittlungsstruktur

Nach diesen Vorüberlegungen kommt Wagner zur eigentlichen Analyse der Zeitung. Dazu muß die Ausgangsfrage operationalisiert werden, das heißt, sie muß in solche Fragen zerlegt werden, deren Antworten das Resultat verifizierbarer Messungen darstellen. Das soll erreicht werden durch die Untersuchung der formalen Vermittlungsstruktur, des Verhältnisses von Formen der Fremd- und Eigenvermittlung, der Universalität der Berichterstattung (mit Hilfe eines Universalitätsspektrums), der Vermittlung der potentiellen Kommunikationspartner und der Selektionskriterien bei der Auswahl der Inhalte. Da der „bischöfliche Auftrag sich zunächst und primär“ (39) darauf bezogen habe, „ein Forum für die innerkirchliche Diskussion zu verwirklichen . . .“, wurde dieser Fragenkomplex inhaltsanalytisch nur für jene Teile des „Publik“-Inhalts durchgeführt, die in den Sparten Theologie und/oder Kirche erschienen, sowie unter Einschuß all jener Beiträge, die in anderen Teilen mit ausdrücklichem Bezug auf Kirche zu finden waren“ (39).

Die berücksichtigten Beiträge wurden unter folgenden Kategorien erfaßt: Jahrgang, Nummer, Seite; Thema; Zuordnungsziffer zur *Universalitäts-Skala* (abgekürzt:

U-Skala); Umfang (cm²); Vermittlungsformen; Sparte, in der die Beiträge erschienen; Tendenz der Überschrift.

Die U-Skala soll die Kategorien liefern, mit deren Hilfe Wagner meint, die einzelnen Beiträge eindeutig klassifizieren zu können. Darüber hinaus soll sie ermöglichen, thematische Lücken in der Berichterstattung aufzufinden. Sie muß also den gesamten Themenbereich Kirche/Religion abdecken. Zu ihrer Erstellung wurde der Themenkatalog der Synode als Grundlage verwendet, der nach Wagners Angaben nur geringfügig umgestellt und um „die weltkirchliche Dimension“ erweitert wurde. Die Skala bietet 15 Hauptgliederungspunkte und 84 Untergliederungen.

Insgesamt wurden 3865 Beiträge erfaßt mit einem Gesamtumfang von 994 298 cm².

a) Die Verteilung der Beiträge auf die Sparten der Zeitung

Es wird festgestellt, daß sich ein immer größerer Teil der erfaßten Beiträge im Laufe der Zeit in der Rubrik Kirche/Theologie konzentriert, und zwar von 33% der erfaßten Einheiten im Jahr 1968 (= 41% des Umfangs) zu 60% (66% des Umfangs) im Jahre 1971. Wagners Folgerung: „Zweifellos bedeutet diese Verlagerung die Entwicklung zu einer Wochenzeitung mit einem kirchlich/theologischen Teil.“ (47)

b) Der Anteil von Fremd- und Eigenvermittlung

Wagner scheint hier mit seinem eigenen Zahlenmaterial nicht allzu genau umzugehen: Er schreibt: „Die reine Fremdvermittlung, also die zwar durch die redaktionellen Selektionsprozesse laufende Mitsprache gesellschaftlicher Partner, die aber eben dennoch Mitsprache gerade unter den Bedingungen massenkommunikativer Technik bleibt, zeigt folgende Größenordnungen:

1968: 64,9% der Beiträge und 50,5% des Umfangs

1969: 69,6% der Beiträge und 58,8% des Umfangs

1970: 72,2% der Beiträge und 63,3% des Umfangs

1971: 53,8% der Beiträge und 58,6% des Umfangs.“ (48)

In der Auswertungstabelle des Anhangs werden allerdings auch noch die Fotos als Fremdvermittlung gewertet und als solche mit aufgeführt. Rechnet man nun textliche und bildliche Fremdvermittlung zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

1968: 74,0% der Beiträge und 63,1% des Umfangs

1969: 77,8% der Beiträge und 66,5% des Umfangs

1970: 77,3% der Beiträge und 67,5% des Umfangs

1971: 69,2% der Beiträge und 68,2% des Umfangs.

Der der Fremdvermittlung zugeteilte Raum liegt also immer über 60% und pendelt sich nicht „bei etwa 60% ein“ (48), wie Wagner behauptet. Er bemerkte dann weiterhin: „Man stelle sich, — der Vergleich ist hier mit Rücksicht auf den Forumsauftrag durchaus sachgerecht und zulässig, — eine Rundfunkanstalt vor, in deren Programm 15—20% von den Redakteuren für Kommentare und andere eindeutig wertende und urteilende Eigenvermittlung in Anspruch genommen würde.“ (49) Wie unzulässig dieser Vergleich zwischen so verschiedenen Medien in Wirklichkeit ist, wird sofort klar, wenn man sich vorstellt, wie eine Wochenzeitung aussähe, die soviel Unterhaltung böte, wie der Rundfunk es tut (und tun muß). Sie bestände fast ausschließlich aus Kreuzworträtseln, Romanen und erbaulichen Geschichten. Abgesehen davon: haben schon die Rundfunkanstalten als Einrichtungen des öffentlichen Rechts unter dem Proporzdenken der politischen Parteien (und hier sind es nur drei) zu leiden, so wären die Konsequenzen bei einem ähnlich organisierten Medium für den kirchlichen

Bereich mit seinen -zig Unterorganisationen und Richtungen wahrscheinlich katastrophal.

Wagner jedenfalls glaubt schließen zu müssen, „daß der Anteil der Eigenvermittlung in dem zur Verfügung stehenden Gesprächsraum in Relation zu dem für reine Fremdvermittlung ausgewiesenen Gesprächsraum einen Umfang erreicht, der zu Zweifeln berechtigt, ob die Ausgewogenheit zwischen Sprechmöglichkeit der Macher und Etablierung sozialer Gesprächsmöglichkeit im Rahmen des Gestaltungsprinzips Forum noch gewährleistet war“ (49).

c) Der themenspezifische Anteil der Eigenvermittlung

Die Beiträge der Eigenvermittlung, der Eigenvermittlung-in-der-Fremdvermittlung (Mischformen) und der Fremdvermittlung werden den 15 Hauptthemenbereichen der U-Skala zugeordnet. Das Ergebnis der Auswertung besagt, daß die Themengruppen 2 (Gottesdienst/Spiritualität), 3 (christliche Diakonie), 4 (Ehe/Familie) und 5 (gesellschaftliche Aufgaben) „eigenvermittlungslastig“ seien und die Themenkomplexe 6 (Erziehung/Bildung), 11 (Weltkirche) und 12 (Ökumene/Religionen) überdurchschnittlich hohe Werte in der Kategorie „Eigenvermittlung in Fremdvermittlung“ aufweisen. Dementsprechend sinke „in diesen Themenkomplexen ... zum größten Teil auch der Anteil der Fremdvermittlung signifikant, also die Möglichkeit der in Kirche oder Gesellschaft vorhandenen Gesprächspartner, auf dem Forum „Publik“ vermittelt zu werden.“ (50)

Die ermittelten Zahlenwerte sehen aber so aus:

Themenbereich	Fremdvermittlung	Eigenvermittlung in Fremdvermittlung	Eigenvermittlung	Wort insgesamt	Bild
	Umfang in %	Umfang in %	Umfang in %	Umfang in %	Umfang in %
2	34	4	39	77	23
3	54	17	26	97	3
4	61	12	24	97	3
5	63	16	17	96	4
6	61	25	11	97	3
11	47	32	14	92	8
12	58	20	14	92	8

Der durchschnittliche Anteil der Fremdvermittlung, bezogen auf *alle* Themenbereiche (also auch auf die Themenbereiche 1, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 15), beträgt nach Wagners Angaben 59%, der der Eigenvermittlung in Fremdvermittlung 14% und der der Eigenvermittlung 18%. Vergleicht man nun die hier angegebenen Werte der Fremdvermittlung mit dem Durchschnittswert von 59%, so stellt sich heraus, daß der Anteil der Fremdvermittlung wirklich „signifikant“ nur in den Bereichen 2 (Gottesdienst/Spiritualität) und 11 (Weltkirche) unter dem Durchschnitt liegt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Bildanteil für den Themenbereich 2 mit 23% überdurchschnittlich hoch ist (der Durchschnitt beträgt 9%). Da es sich bei diesem Thema kaum um Karikaturen (die als Eigenvermittlung gewertet würden) handeln dürfte, hieße das, daß die 23% Bildraum den 34% Fremdvermittlung im Text hinzuzurechnen wären, so daß sich auch hier 57% ergäben.

d) Die Formen der Fremdvermittlung

Der nächste Untersuchungsschritt besteht in der Aufschlüsselung der Fremdvermittlung nach ihren Formen. Das heißt, es soll ermittelt werden, ob „Ein-Partner-Formen“, „(die jeweils nur einen und insgesamt wenige Partner, diese dafür aber ausführlich zu Wort kommen lassen)“ (51), oder „Viel-Partner-Formen“ „(mit Hilfe derer viele Partner und Partnerschaften aus dem darzustellenden Kommunikationsraum zu Wort kommen können, sei es dadurch, daß die Darstellungsform kurz ist wie bei der Nachricht, sei es dadurch, daß die Meinungspositionen und Aussagen vieler verschiedener Partner im Überblick manifestiert werden können wie beim Bericht)“ (51), überwiegen. Zu den Ein-Partner-Formen zählt Wagner Gespräch, Artikel (definiert als einmalige oder periodische „Beiträge von Gesprächspartnern, die dazu aufgefordert wurden, zu schreiben“ [29]) und Dokumentation, zu den Viel-Partner-Formen Nachricht und Bericht. Auch hier lohnt es sich, die Tabelle wiederzugeben:

Anteil der Ein-Partner-Formen im untersuchten Text

	Anzahl	Umfang
1968	20,4%	36,6%
1969	21,4%	43,9%
1970	22,2%	48,6%
1971	19,1%	40,9%

und die Anteile der Viel-Partner-Formen betrugen

	Anzahl	Umfang
1968	37,6%	21,8%
1969	33,9%	22,9%
1970	35,8%	19,1%
1971	29,3%	25,3%

Es läßt sich also feststellen, daß die anzahlmäßig wenigen Einheiten der Ein-Partner-Formen einen großen Umfang einnehmen und eine höhere Anzahl an Einheiten der Viel-Partner-Formen weniger Raum in Anspruch nimmt. Das bedeutet für Wagner: „Wenige Partner kommen ausführlich zu Wort. Wenige Partner beanspruchen den Löwenanteil des Forum-Raumes. Die vielen Partner und Partnerschaften haben wenig Möglichkeit, sich darzustellen, bzw. manifestiert zu werden.“ (51) Conclusio: „Die in ‚Publik‘ vorgefundene Anlage der formalen Vermittlungsstruktur erschwert die Verwirklichung einer allseitigen Kommunikation und gefährdet das Gestaltungsprinzip Forum.“ (53) Und weiter: „Es hat den Anschein, daß die Redaktion den Begriff Forum sowohl wie den entsprechenden Auftrag, ein solches zu schaffen, primär auf das Zu-Wort-kommen-Lassen individueller Partner und zu wenig auf das Zu-Wort-kommen-Lassen der sozialen Kommunikationspartnerschaften bezog.“ (53) (Nun kann man aber die gefundenen Zahlen nicht auswerten und miteinander in Beziehung setzen, ohne die form- und medienspezifischen Eigenheiten des untersuchten Gegenstandes zu berücksichtigen. Die Wochenzeitung mit ihrer — durch ihre nur wöchentliche Periodizität bedingt — geringeren Aktualität muß notwendigerweise ein größeres Gewicht auf Kommentierung, Hintergrundanalysen, Stellungnahmen legen als eine Tageszeitung oder gar Hörfunk und Fernsehen, die aufgrund ihrer technischen Möglichkeiten einen von der Wochenzeitung nie erreichbaren Grad an

Aktualität haben können. Und die Erläuterung, die Einordnung von Nachrichten in einen größeren Zusammenhang, die Orientierungshilfe und die Stellungnahme vollziehen sich nun einmal vorwiegend in den publizistischen Formen der Reportage, der Glosse, des Kommentars, des Features oder in den „Ein-Partner-Formen“ wie Interview, Artikel, Dokumentation. Alles Formen, die im allgemeinen auch als ein äußeres Formspezifikum die Inanspruchnahme eines größeren redaktionellen Raumes aufweisen. Im übrigen hat ja auch der einzelne Sprecher immer stellvertretende Funktion, insofern als er meist auch als Vertreter einer Gruppe spricht. Unter diesem Gesichtspunkt wäre lediglich der Brief als echte „Ein-Partner-Form“ zu bezeichnen.)

e) Das Themenspektrum

Bei der Analyse des Themenspektrums werden die einzelnen Beiträge den 15 Themenbereichen der U-Skala zugeordnet. Dabei stellt sich heraus, daß zu allen Themenkreisen Beiträge vorhanden waren. „Dies beweist, daß ‚Publik‘, inhaltlich gesehen, tendenziell eine universelle Zeitung war.“ (53) Es läßt sich dabei eine besondere Zuordnungshäufigkeit bei den Themengruppen 1, 5, 8 und 12 (Glaube/Verkündigung; gesellschaftliche Aufgaben; Dienste/Ämter; Ökumene/Religionen) feststellen, woraus Wagner folgert: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise Aktualitäten ‚gemacht‘ oder zumindest am Leben erhalten werden; sicher ist jedoch, daß die ‚Publik‘-Vermittlung, die tendenziell auf Universalität angelegt ist, durch diese Schwerpunktbildung inhaltlich faktisch beschränkt wird.“ (55)

(Diese Folgerung setzt allerdings voraus, daß alle Themenkreise die gleiche Bedeutung und die gleiche Aktualität für sich in Anspruch nehmen können, was man ja wohl schlechterdings nicht behaupten kann. Es wäre daher sinnvoller gewesen, anhand der ermittelten Werte eine kontinuierliche Rangfolge der Themen zu erstellen, um mittels einer solchen „Hierarchie“ zu überprüfen, ob die Schwerpunkte wirklich nach der Relevanz der Thematik im kirchlich-theologischen Raum gesetzt oder ob Marginalitäten auf Dauer hochgespielt wurden.)

3. Fallstudien zur Forumswirklichkeit

Die sogenannten Fallstudien sollen die Art der Verwirklichung des Forumsauftrags klären. Als Frage formuliert: Was (welche Fakten in bezug auf einen konkreten „Fall“) wird von wem (Chancengleichheit der Kommunikationspartner) mit welcher Genauigkeit, Vollständigkeit und Objektivität vermittelt? Diese Fragestellung wurde abgeleitet aus drei „einfachen“ Fallstudien, die die Funktion von Vor-Studien haben sollten und nicht zu den „eigentlichen“ Fallstudien, die später dargestellt werden, hinzuzurechnen sind. (Es handelt sich bei den Vorstudien um eine Äußerung von Karl Rahner zum Thema „Freiheit und Manipulation“, die wörtlich wiedergegeben wird und eine Berichterstattung von Kardinal Bengsch zum gleichen Thema, der dabei aber nur auszugsweise und mit Kommentar versehen zu Wort kommt; um den Fall Schoiswohl, zu dem die Untersuchung Wagners ergibt, daß die möglichen Positionen unterschiedlich breit dargestellt werden; und schließlich um den Fall „Solidaritätspriestergruppen“, denen von der Redaktion viele Möglichkeiten zur Selbstdarstellung gegeben werden, während andere Priestergruppen selten oder nie zu Wort kommen.) Die hieraus ersichtliche Tendenz einseitiger Berichterstattung bei ungleicher Behandlung der möglichen Gesprächspartner und des zur Verfügung stehenden Materials soll bei den eigentlichen Fallstudien überprüft werden.

Auf eine eingehende Darstellung der einzelnen Fallstudien muß in diesem Rahmen wohl verzichtet werden. Es folgt nur eine kurze Schilderung der angewandten Methode und der Ergebnisse.

Das methodische Vorgehen läßt sich folgendermaßen kurz beschreiben:

a) Einzelne Gesprächspartner und -gruppen werden kategorisiert und ausgezählt, denn „eine gleichlaufende Tendenz ungleicher Behandlung von kirchlichen und/oder gesellschaftlichen Gesprächspartnern und Gesprächsgruppen wäre ein unbestreitbares Indiz für die Verengung des Kommunikationsraumes auf eine gruppenspezifische Dimension“ (73).

b) Bei eigenvermittelnden Beiträgen werden die manifesten Wertungen (positiv, negativ, neutral) berücksichtigt.

c) Zur Beantwortung der Frage nach der Vollständigkeit der Ausnutzung des der Redaktion zugänglichen Materials werden Recherchen durchgeführt unter Berücksichtigung des vorhandenen Materials des KNA-Archivs. „Ferner wurden mehrere Zeitschriften und Zeitungen für die fraglichen Themen und Zeiträume kursorisch durchgesehen.“ (78)

d) Als Kriterien für die Auswahl der Fälle wird angegeben, „daß für jeden „Publik“-Jahrgang wenigstens eine Fallstudie möglich war,

daß weiter die verschiedenen Vermittlungsarten in die Untersuchung einbezogen waren,

daß eine über eine längere Zeit sich erstreckende, pluriform vermittelte Diskussion in die Fallstudie einging,

und schließlich daß, soweit möglich, unterschiedliche Themenbereiche durch die Fallstudien abgedeckt waren“ (79).

Es wurden fünf Fallstudien durchgeführt, denen insgesamt 150 Beiträge zugrunde liegen. Und zwar handelt es sich um die Berichterstattung über

- das Sühnetreffen in Altötting (1968),
- die Amtsniederlegung von Abt Heising (1968/69),
- die Zölibatsdiskussion zwischen der 5. und 6. Vollversammlung des Niederländischen Pastoralkonzils (1970),
- die Pornographiediskussion (1970/71),
- die Dispensierung des bayerischen Geistlichen Heuberger (1971).

Nach der Durchführung der Analysen zu den einzelnen Fällen ist das Ergebnis für „Publik“ wenig schmeichelhaft. Als Gesamtergebnis stellt Wagner fest,

„daß in allen untersuchten Fällen die Vermittlung nicht unparteilich war (142),

... daß die Chancengleichheit der Partner auf dem Forum ‚Publik‘ nicht gewährleistet war (142),

... daß in allen Fällen die Vermittlungsleistung dem Anspruch besonders gründlicher und umfassender Information nicht genügte (143),

... daß ‚Publik‘ die erwartete Integrations- und Orientierungsfunktion nicht erfüllte“ (143),

und daß sich „in keinem der untersuchten Fälle [...] der Verstoß gegen den Forumscharakter mit dem Hinweis auf Gesprächsverweigerung abdecken [läßt]“ (144).

Weiter heißt es: „Mit Sicherheit kann in allen untersuchten konkreten Fällen übereinstimmend, also fallunabhängig festgestellt werden, daß Gruppen und Partner, die den jeweils von der ‚Publik‘-Vermittlung geteilten Reform-Standpunkt nicht ein-

nahmen, wesentlich schlechtere oder zum Teil überhaupt keine Chancen hatten, in ‚Publik‘ mit Hilfe aller möglichen journalistischen Darstellungstechniken zu Wort zu kommen.

Der Charakter des Gruppenorgans ‚Publik‘ ist jedoch insgesamt weniger durch unbedingte Einseitigkeit (wie etwa bei einem Parteiorgan) als vielmehr durch partielle Vermittlung bestimmt. [. . .]

Die Untersuchungen der Vermittlungsstruktur und der Forumswirklichkeit zeigen, daß ‚Publik‘ nicht ein Forum im Sinne des bischöflichen Auftrags war und daher den Zielvorstellungen der Bischöfe nicht entsprach.“ (146)

* * *

Ein vernichtendes Urteil — wenn tatsächlich der Gründungsauftrag war, ein Forum im Wagnerschen Sinne zu gründen und wenn ein solches Forum medien- und marktgerecht wäre. Die Richtigkeit der Schlußfolgerungen aus den Fallstudien scheint gewährleistet, wenn die erhobenen Daten stimmen (was wir nicht bezweifeln möchten, da wir nicht die Möglichkeit haben, sie zu überprüfen). Nur eins fällt auf: Bei den ausgewählten Fällen handelt es sich um ausgesprochene Kontroversthemata, bei denen eine Stellung- und Einflußnahme von seiten der Redaktion von vornherein zu erwarten war. Von daher sind Bedenken gegen eine Verallgemeinerung der Ergebnisse angebracht.

Wagners Untersuchungsergebnis läßt sich also in summa folgendermaßen umschreiben: „Publik“ ist seinem Forumsauftrag nicht gerecht geworden, und zwar nicht deshalb, weil es der Zeitung nicht *möglich* war, sondern weil die Redaktion es *nicht wollte*. Aber nicht die Frage, ob „Publik“ eine eigene Richtung vertrat, dürfte Gegenstand von begründeten Kontroversen sein, sondern die Frage, ob eine katholische Wochenzeitung sinnvollerweise überhaupt etwas anderes sein konnte als eine Richtungszeitung.

Werner Grave (Angelmodde), Jürgen Hoeren (Warendorf)

Anmerkungen:

1. Karl Forster: Gründung, Entwicklung und Ende der katholischen Wochenzeitung „Publik“. Eine Dokumentation. München 1972, masch'schr. vervielf. Manuskript.
2. Hans Wagner: Forumsauftrag und Forumswirklichkeit. Untersuchung der katholischen Wochenzeitung „Publik“. München 1972, masch'schr. vervielf. Manuskript. Die im Text gegebenen Ziffern in Klammern beziehen sich auf die Seitenzahlen der Untersuchung.

(Wird fortgesetzt)

Schweizer Synode: Information und Meinungsbildung in Kirche und Öffentlichkeit

In der Zeit seit dem Zweiten Vatikanum wird in der Kirche zunehmend über Kommunikation gesprochen und geschrieben. Viele befürchten, Dialog und Diskussion über dieses Thema seien bislang in der Kirche Theorie geblieben. Darum hielt es die Sachkommission 12 („Information und Meinungsbildung in Kirche und Öffentlichkeit“) der Schweizer „Synode 72“ für angebracht, solche Befürchtungen durch die Praxis zu widerlegen. Sie wollte mit einem Fragebogen einen Beitrag leisten und damit das Interesse für die Fragen der Kommunikation und Information wecken und fördern. Sie forderte die Schweizer Katholiken zur Mitarbeit auf und bat, Stellungnahmen, Anregungen und Wünsche bis Ende Oktober 1972 an das Synodensekretariat des zuständigen Ordinariats einzusenden. Wir geben das eigentliche Fragebogen-Dokument nachstehend im Wortlaut wieder.

Massenmedien, Information und Meinungsbildung in Kirche und Öffentlichkeit

I. Die sozialen Kommunikationsmittel im allgemeinen

1. Weitgehend negative Reaktionen und Interesselosigkeit den Massenmedien gegenüber. Der Problemkomplex «Massenmedien» hat bis jetzt innerhalb der Schweizer Kirche auch im Zusammenhang mit der Synode wenig Echo ausgelöst. Interesselosigkeit und Passivität scheinen weitgehend die Situation beim Kirchenvolk zu charakterisieren. Wenn reagiert wird, dann hauptsächlich negativ. Presse und Radio, vor allem aber Film und Fernsehen werden verantwortlich gemacht für die Verwirrung in Kirche und Staat, die Freizügigkeit in der Moral usw. Ein Gefühl der Ohnmacht und der Wehrlosigkeit den «verheerenden» Einflüssen dieser Medien gegenüber ist vorhanden und lähmt Initiativen und Energien.

Fragen:

- a) Sind Ihnen solche Reaktionen der Angst, der Abwehr und der Hilflosigkeit auch schon begegnet?
- b) Sind sie berechtigt? Warum?
- c) Vertreten Sie selbst eine andere Auffassung diesen Medien gegenüber? Lässt sie sich durch Beispiele belegen? Durch welche?

d) Erwarten Sie von religiösen Sendungen in Radio und Fernsehen, von entsprechenden Artikeln in der Presse, von religiösen Filmen eine Glaubens- und Orientierungshilfe für die christliche Gestaltung Ihres Lebens? Werden diese Erwartungen erfüllt? Beispiele?

e) Wie meinen Sie, könnte die erzieherische Aufgabe der Kirche auf diesem Gebiet wahrgenommen werden, um dem Menschen zu helfen (im Unterricht, im Pfarreileben, im Bereich der sozialen Kommunikationsmittel selbst)?

2. Zum Dialog zwischen Gesellschaft und Kirche

Bis jetzt hat die Kirche die Massenmedien vorwiegend als «verlängerten Arm» ihres eigenen Wirkens betrachtet. Sie bieten aber andererseits den Christen Gelegenheit, Zeit- und Gesellschaftsfragen besser kennenzulernen und mit allen Menschen guten Willens an der Lösung der Welt- und Menschheitsfragen mitzuwirken.

Fragen:

- a) Welches Bild macht sich der Zeitgenosse von der Schweizer Kirche, wenn er sie durch ihre Erscheinungsweise in den Massenmedien kennenlernt?

b) Leistet die Kirche genug Öffentlichkeitsarbeit (Information usw.), um die Menschen an ihrem Wirken zu interessieren und von ihrer Nützlichkeit zu überzeugen?

c) Werden andererseits die Fragen und Anliegen, die die Menschen bewegen, mit genügend Ernst und Aufmerksamkeit zum Gegenstand kirchlicher Sendungen und Zeitungen gemacht?

3. Zum Dialog innerhalb der Kirche

Die Kirche umfaßt verschiedene Dienste und Ämter. Es gibt Bischöfe, Priester und Laien. Verschiedentlich haben Ereignisse im kirchlichen Leben gezeigt, daß die Kommunikation zwischen den Ämtern und Gruppen mangelhaft ist. Viele Entscheidungen sind undurchsichtig. Das Mitspracherecht von seiten des Volkes oder der Priester in seelsorglichen, sozialen oder kirchenpolitischen Belangen scheint noch gering.

Fragen:

a) Soll die Gemeinschaft der Gläubigen möglichst vollständig informiert werden über das, was in der Kirche passiert, oder sind diesem Informationsprozeß Grenzen gesetzt? Auf welchem Gebiet? Warum?

b) Würden Sie befürworten, wenn gesamtschweizerisch oder diözesan Informationsstellen geschaffen werden könnten zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen dem Kirchenvolk und seinen Führungsgremien (Bischofskonferenz, bischöfliche Ordinariate usw.)?

c) Sind Sie der Auffassung, daß innerhalb der Kirche verschiedene, auch gegenteilige Meinungen vertreten werden dürfen? Wird dieser freien Meinungsäußerung in unserem Lande zu viel oder zu wenig Spielraum gelassen? Sollte sie überhaupt auf gewisse Bereiche eingeschränkt werden? Auf welche?

d) Gestehen Sie der kirchlichen Hierarchie das Recht zu, gewisse Informationen zurückzubehalten, beispielsweise um einem öffentlichen Skandal zuvorzukommen?

4. Wünsche und Anregungen

Wie lauten sie zu den Stichworten: Informationsstelle, Publizistennachwuchs, finanzielle Unterstützung katholischer Zeitungen durch die Kirche, Durchführung und Gestaltung des «Welttages der sozialen Kommunikation» usw.?

II. Die Presse

1. Die «katholische» Presse

In der Schweiz gibt es eine Presse, die sich als «katholische» Presse versteht. Sie wurde seinerzeit geschaffen, um die katholische Sache zu Gehör zu bringen und um ein Gegengewicht zu weltanschaulich anders ausgerichteten Blättern darzustellen. Mehrere dieser katholischen Zeitungen haben heute ihr Erscheinen eingestellt, weil sie finanziell nicht mehr getragen werden können. Andere befinden sich in einer mehr als kritischen Situation.

Fragen:

a) Was ist für Sie eine «katholische Zeitung»?

b) Welche Aufgabe hat sie zu erfüllen und wie tut sie es (Information über Kirche und Gesellschaft, Diskussionsforum, Meinungsbildungsorgan)?

2. Die Parteipresse

In gewissen Gegenden der Schweiz steht die «katholische» Presse der CVP nahe. Diese Bindung ist historisch bedingt.

Fragen:

a) Was halten Sie davon?

b) Ist diese Bindung heute noch sinnvoll oder sollte man versuchen, eine von der CVP unabhängige «katholische» Presse zu schaffen? Mit welchen Trägern?

c) Verliert die «katholische» Presse durch diese Bindung an Glaubwürdigkeit, oder ist diese Bindung ein Bestandteil des politischen Engagements der Christen?

3. Bücher

Der Behauptung, die Zeit des Bücherlesens sei vorbei, steht die Tatsache entgegen, daß das Buch im Bereich der persönlichen Bildung und der zwischenmenschlichen Kommunikation noch immer eine bedeutende Rolle spielt.

Fragen:

a) Lesen Sie Bücher?

b) Lesen Sie auch religiöse Bücher, oder spielt das Buch in ihrem religiösen Leben keine Rolle?

c) Welche Art von religiösen Publikationen liegen im Schriftenstand ihrer Kirche auf?

4. Wünsche und Anregungen

Die Vielfalt katholischer Zeitungen, Zeitschriften usw. kann als Bereicherung oder als Zersplitterung der Kräfte empfunden werden.

Fragen:

- a) Wie denken Sie darüber?
- b) Sollen die «katholischen» Tageszeitungen unter allen Umständen gehalten werden oder würden Sie die Gründung einer «katholischen» Wochenzeitung für die verschiedenen Sprachregionen der Schweiz begrüßen, auch wenn dafür große Subventionen erbracht werden müßten?
- c) Würden Sie die Gründung ökumenischer Zeitungen begrüßen, auch unter Berücksichtigung des Fehlens von konfessionellen Tageszeitungen auf evangelischer Seite? In welcher Form?
- d) Wie können sich die «katholischen» Zeitungen in der Schweiz oder die Pfarrblätter um eine bessere Information der Ausländer bemühen?

III. Radio, Fernsehen, audiovisuelle Bildungsmittel

Für die meisten Menschen sind Radio und Fernsehen heute die gebräuchlichsten Mittel sozialer Kommunikation. Schallplatten, Videokassetten, Kabel- und Satellitenfernsehen bringen allmählich den Menschen des audiovisuellen Zeitalters mit neuen Erlebnis- und Sehgewohnheiten hervor. Ende 1971 gab es in der Schweiz zirka 1,9 Millionen Radio- und zirka 1,4 Millionen TV-Geräte. Die Verkündigungsform der Kirche hingegen ist zu 80 % bis 90 % die des gesprochenen und geschriebenen Wortes geblieben.

Fragen:

- a) Finden Sie allgemein das Radio- und Fernsehprogramm in Ordnung, vom religiösen und sittlichen Standpunkt aus gesehen? Ist es kirchlich ausgewogen, erzieherisch «gesund»? Nennen Sie Beispiele?
- b) Wie beurteilen Sie die kirchlichen Sendungen am Schweizer Radio und am Schweizer Fernsehen («Wort zum neuen Tag», Radiopredigten, «Wort zum Sonntag», «Fakten, Zeugnis, Einwände» usw.)?
- c) Sollen religiöse Sendungen und Informationen ein «Sonderdasein» fristen oder würden Sie es begrüßen, wenn Meldungen aus dem kirchlichen Leben im allgemeinen Informationsteil untergebracht würden?
- d) Gehören Messübertragungen nach Ihrer Auffassung ins Radio- und Fernsehprogramm?

e) Stehen Sie dem Programmangebot in einer reinen Konsumentenhaltung gegenüber, oder machen Sie als einzelner oder als Gruppe von der Möglichkeit kritischer Stellungnahme Gebrauch (Hörerbriefe, Diskussionsrunden, Medienschulung in Jugend- und Pfarreiarbeit)?

f) Welche audiovisuellen Mittel müßten für die Bildungsarbeit besonders gefördert werden? Wie?

Wünsche und Anregungen

- a) Gehört die Mithilfe zur Bildung eines kritischen Bewußtseins der Massenmedienkonsumenten zu den Aufgaben der Kirche? Wie soll sie wahrgenommen werden?
- b) Haben Sie Wünsche in ökumenischer Hinsicht? Was halten Sie von den diesbezüglichen Versuchen, die bereits an Radio und Fernsehen gemacht worden sind?
- c) Weitere Vorschläge?

IV. Der Film

Trotz der Konkurrenzsituation durch das Fernsehen übt der Film noch immer einen bedeutenden Einfluß aus auf das Denken und die Freizeitgestaltung vor allem der Jugendlichen in unserem Land. Neben dem Kinofilm gibt es eine wachsende Kurzfilmproduktion, die sich anbietet für Bildungs- und Unterrichtszwecke.

Fragen:

- a) Worin besteht nach Ihrer Meinung die Aufgabe der Kirche und der Christen im Bereich des Films?
- b) Erwarten Sie Filmkritiken in katholischen Zeitungen und Zeitschriften, und was erwarten Sie davon?
- c) Was halten Sie von der Bewertung der Filme, wie sie zurzeit bei den kirchlichen Filmstellen üblich ist? Begründung.
- d) Sollte der Einsatz von Kurzfilmen in der Kirchlichen Bildungsarbeit gefördert werden? Wie könnte es geschehen?

V. Pfarrblätter

In der ganzen Schweiz gibt es Pfarrblätter. Sie werden von den kirchlichen Instanzen herausgegeben, orientieren über das Pfarrleben und wollen helfen, in offenen Fragen des kirchlichen Lebens eine eigene Meinung zu bilden. In einigen Regionen ist man dazu übergegangen, diese Pfarrblätter auszubauen

und sie als eigentliche Informations- und Diskussionsorgane zu gestalten.

Fragen:

- a) Gefällt Ihnen Ihr Pfarrblatt, oder haben Sie konkrete Vorschläge für eine attraktivere Gestaltung?
- b) Wird es Ihnen zugestellt wie ein Werbeprospekt, der entsprechend behandelt wird, oder hat es für Sie «Leibblattcharakter», den Sie sich allenfalls etwas kosten lassen würden?
- c) Erwarten Sie von den Pfarrblättern nur pfarrei-interne Informationen, oder kommt ihnen auch eine meinungsbildende Funktion zu?
- d) Finden Sie es vorteilhaft, wenn der Pfarrer selber die Redaktion des Pfarrblattes be-

sorgt, oder soll eine Laienredaktion verantwortlich sein (Pfarreirat, spezielles Team usw.)?

VI. Werbung

Die Macht der Werbung und der Reklame scheint unaufhaltsam unser Leben und unsere Konsumgewohnheiten zu bestimmen.

Fragen:

- a) Ist Ihre Haltung der Werbung gegenüber positiv? Kritisch? Negativ?
- b) Hat die Kirche auf diesem Gebiet eine Aufgabe zu erfüllen? Welche?
- c) Was haben Sie zum Thema Werbung und Massenmedien zu sagen?

DOKUMENTATIONSHINWEISE

Päpstliche Kommission für die Soziale Kommunikation: Welttag der sozialen Kommunikation 1973. In: L'Osservatore Romano, Deutsche Wochenausgabe, Nr. 40 vom 6. 10. 1972 S. 3.

Jean Card. Villot: Lettre du Cardinal Villot (vom 27. September 1972). In: „Revue Inter-

nationale du Cinema“, OCIC Informations Deauville 1972, No. 12—13, S. 162—15.

Brief des Kardinalsstaatssekretäre zur Generalversammlung der OCIC 1972 in Deauville.

CHRONIK · CHRONIK · CHRONIK

Innerhalb der geographischen Ordnung gilt grundsätzlich folgende Reihenfolge: a) allgemeine Publizistik, b) Presse, c) Hörfunk, d) Sehfunk, e) Film, f) sonstige Gebiete (Meinungsforschung, Werbung etc.)

AFRIKA

„*Adventist World Radio*“, Radiomission der Adventisten, erweiterte die Programmtätigkeit für Afrika. Regelmäßig werden jetzt Programme hergestellt für Kamerun, Madagaskar, Mozambique, Réunion und Mauritius. Die Sendungen werden in portugiesischer, französischer und malegassischer Sprache ausgestrahlt.

ÄTHIOPIEN

Die Vereinigten Bibelgesellschaften hielten ihre erste Weltversammlung im September 1972 in Addis Abeba ab. Insgesamt 500 Millionen Exemplare der Heiligen Schrift wollen die Gesellschaften bis 1980 verteilen. An der Konferenz nahmen 170 Personen aus 70 Ländern teil.

BURUNDI

„*Ndongezi*“, vierzehntägliche Zeitschrift in Bujumbura, darf nach einer Genehmigung des Informationsministeriums von Anfang September 1972 wieder erscheinen. Die für das Verbot vom 15. April maßgebenden Gründe, so heißt es darin, bestünden jetzt nicht mehr (vgl. CS 5: 1972, 269).

ELFENBEINKÜSTE

Radio ELWA in Monrovia, Liberia, wird seine französisch-sprachige Abteilung nach Abidjan verlegen. Die neue Abteilung wird die französisch-sprachigen Sendungen und damit verbundene Aktionen im französisch-sprechenden Raum Afrikas koordinieren.

GHANA

„*Christian Messenger*“, Monatsblatt der Presbyterianer in Accra, befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten; durch steigende Kosten soll bis Herbst 1972 eine Finanzlücke von 40 000 US-Dollar entstanden sein. Die Ausgaben von September und Oktober 1972 erschienen als Doppelhefte mit je 12 Seiten.

KENYA

„*Mbeu Yetu*“ heißt ein neues Nachrichtenblatt der Diözese Meru. Es wird von Studenten am Regionalseminar dieser Diözese vor allem für junge Menschen des Bistums herausgegeben. Ähnliche Blätter erscheinen bereits in sieben weiteren Diözesen Kenyas: für die Diözese Eldoret „*Y Watu Wote*“, für Kisumu „*Analecta*“, für Ktui „*Thome*“, für Mombasa „*Rafiki Yetu*“, für Nairobi „*Catholic Mirror*“, für Nakuru „*Daraja*“, für Nyeri „*Wathiamo Mukinyu*“.

„*Sambamba*“ heißt ein neues Informationsbulletin der Vereinigung katholischer Priester Kenyas (Catholic Priests' Association of Kenya, CPAK). Das vierzehntäglich erscheinende Blatt will die Zusammenarbeit und gegenseitige Information unter den Priestern Kenyas fördern. Redakteure sind P. James Roy und P. Martin Keane, Nairobi.

LIBERIA

Radio ELWA, evangelischer Missionssender in Monrovia, will ab 1973 auch Sendungen in der westafrikanischen Nupe-Sprache ausstrahlen, die vor allem in Nigeria gesprochen wird.

MALAWI

Die Bischöfe Malawis nahmen vom 5. bis 7. August 1972 in Limbe an einer für sie vorbereiteten Einführung in die publizistische Arbeit teil. Aufgaben für jeden Teilnehmer waren u. a., einen dreiseitigen Hirtenbrief zu schreiben und ein Interview vorzubereiten. Das dreitägige Seminar wurde von Teilnehmern und der veranstaltenden Publizistikabteilung des katholischen Sekretariats von Malawi als besonders erfolgreich bezeichnet.

RHODESIEN

Mambo-Press: P. Albert Plangger, der Direktor der Mambo-Press, Gwelo, bei der die Zeitschrift „*Moto*“ erscheint, wurde wegen

„subversiver Tätigkeit“ im November 1972 zu fünf Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er wurde beschuldigt, als Chefredakteur von „Moto“ für ungesetzliche Angriffe gegen die rhodesische Regierung verantwortlich zu sein. Die Anklage stützt sich vor allem auf ein Interview mit dem Bischof von Umtali, Donal R. Lamont, in dem dieser u. a. erklärt hatte, „von einer Bewahrung des Christentums zu sprechen und gleichzeitig eine Rassendiskriminierung zu betreiben“, sei „eine Perversion des Auftrags Jesu Christi“. (Vgl. CS 3:1970, 177).

SÜDAFRIKA

„ASFact“ heißt eine neue studentische Vierteljahresschrift, die von der „Anglican Students' Federation“ in Zululand herausgegeben wird. Die neue Zeitschrift soll die Verbindung zwischen den anglikanischen Studentengemeinden Südafrikas herstellen. Redakteur ist Mike McCoy von der Rhodes Universität.

UGANDA

„Mumuli“ heißt eine neue Monatsschrift für Katedhisten, die seit September 1972 in der Erzdiözese Kampala herausgegeben wird. Die Zeitschrift soll den Katedhisten vor allem helfen, den Sonntagsgottesdienst vorzubereiten.

„Munno“, in Kampala erscheinende katholische Tageszeitung, die Ende Juli vorübergehend ihr Erscheinen eingestellt hatte, wird seit dem 19. Oktober 1972 wieder veröffentlicht. Träger der Zeitung ist jetzt eine GmbH (Munno Publications Ltd.), an der u. a. die Diözesen der Luganda sprechenden Gebiete Ugandas beteiligt sind. (vgl. CS 5:1972, S. 357).

AMERIKA

ARGENTINIEN

Durch ein neues Pressegesetz soll in Argentinien nach einem Bericht der Zeitung „La Nación“ vom September 1972 die Präsenz der Kirche in Rundfunk und Fernsehen erheblich eingeschränkt werden. In einer der Bestimmungen des neuen Gesetzes soll festgelegt werden, daß alle nichtkommerziellen öffentlichen Hör- und Sehfunkstationen Eigentum der Regierung sind und „kirchliche Würdenträger“ ausdrücklich als mögliche Lizenzträger ausgeschlossen werden.

BOLIVIEN

Radio San Rafael, von Maryknollpatres betriebene Radiostation und Radioschule, wurde für Arbeit an der Alphabetisierung der Indios von der „Voice of America“ mit einer Verdienstmedaille ausgezeichnet. Die gesamte Radioschularbeit der Maryknollpatres wurde sowohl vom Erzbischof von Sucre, Kardinal José Maurer, als auch vom Erziehungsminister Jaime Tapia gelobt. Von den 5 Millionen Bewohnern des Landes, die über 10 Jahre alt sind, gelten noch 65% als Analphabeten.

CHILE

Presse- und Informationsfreiheit forderte Kardinal Raúl Silva Henríquez in einem Artikel der Tageszeitung „La Tercera“ vom 30. Oktober 1972 u. a. als Voraussetzung zur Erhaltung des Friedens im Land. Der Kardinal verlangt „Ehrfurcht vor der Wahrheit“ und verweist auf die kirchliche Lehre über die Massenmedien, „wonach Einschränkung, Verstümmelung oder Verschweigen von Nachrichten das Informationsrecht des Volkes verletzen.“

Der „L'Osservatore Romano“, offiziöse Zeitung des Vatikans, kann wegen Devisenmangel nicht mehr nach Chile eingeführt werden. Bei der drastischen Kontingentierung aller Importgüter im Sommer 1972 machte die Zentralbank zur Auflage, daß nur Zeitschriften technisch-wissenschaftlichen Inhalts eingeführt werden dürften. Der katholischen Verlagsbuchhandlung „Ediciones Paulinas“, die bisher den „L'Osservatore“ vertrieb, wurden die Devisen von 40 000 auf 20 000 Dollar gekürzt.

KANADA

Hospitalfernsehen: Ein „Closed Circuit“-Fernsehsystem im General-Hospital Montreals überträgt neuerdings regelmäßig Gottesdienste aus der Hospitalkapelle in die Krankenzimmer. Die Programmleitung liegt in Händen eines Krankenhaus-Pastoralteams von vier Priestern.

KOLUMBIEN

Radioschul-Vereinigung: Eine lateinamerikanische Vereinigung für Erziehungsrundfunk gründeten die Direktoren lateinamerikanischer Radioschulen bei einem Seminar in Sutatenza vom 18. bis 23. September 1972. Die neue Vereinigung „Asociación Latinoamericana de Educación Radiofónica“

(ALER) soll u. a. dem Erfahrungsaustausch, der Interessenvertretung, der Ausbildung von Fachkräften dienen. Zum ersten Direktor der Vereinigung wurde Enrique Nardelli (Argentinien) gewählt; Vizepräsidenten sind P. Jorge Trias (Bolivien) und Dr. Luis P. Salas (Kolumbien).

PERU

Das „Image der Kirche“ in der peruanischen Presse“ wurde von der Journalismus-Abteilung der Päpstlichen Universität in Lima untersucht. Danach veröffentlichten peruanische Tageszeitungen im Schnitt täglich 13 Beiträge über katholische Themen. 85% der Veröffentlichungen sind grundsätzlich positiv, während 65% kirchlicher Nachrichten das Image einer modernen dynamischen Kirche vermitteln. Als Schwierigkeiten, die überwunden werden müßten, nennt die Studie die fehlende klare Stellungnahme der peruanischen Bischöfe zu kirchlichen Fragen, die dominierende Rolle internationaler Nachrichtendienste in der peruanischen Presse und die fehlende Koordination der kirchlichen Pressearbeit im Lande. Eine bedeutende kircheneigene Presse besteht nicht. Mehr als die Hälfte aller katholischen Informationen werden von den beiden in Lima erscheinenden Zeitungen „La Prensa“ und „El Comercio“ veröffentlicht.

VEREINIGTE STAATEN

Ein Fernkurs über Fragen der Kommunikation wurde von vier evangelischen Kirchen des Landes für Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens zusammengestellt. Mit Text und audiovisuellen Unterlagen werden die Teilnehmer über den Kommunikationsprozeß, die Medienkommunikation und den Mediengebrauch unterrichtet.

Die Verantwortung des Journalisten unterstrich der Bischof von San Diego, Kalifornien, Msgr. Leo Maher, bei einer Regionalkonferenz der katholischen Pressevereinigung in seiner Bischofsstadt. Die Journalisten könnten, so sagte der Bischof, das Denken und Diskutieren erleichtern, aber auch behindern, die menschliche Entwicklung und die Würde des Menschen fördern, aber auch behindern.

Eine Föderation der Kirchenpresse innerhalb der Katholischen Weltunion der Presse (UCIP) schlugen deutsche und amerikanische Teilnehmer der Herbstkonferenz der Katho-

lischen Pressevereinigung (Catholic Press Association) am 27. Oktober 1972 in St. Louis vor. Die Bedeutung der Kirchenpresse für den innerkirchlichen Dialog wurde besonders betont.

Politische Anzeigen werden inzwischen von mehr als der Hälfte aller katholischen Zeitschriften der USA aufgenommen. Dies geht aus einer Studie hervor, die von „Catholic Major Markets“ durchgeführt wurde, einer Firma, die Anzeigenunterlagen für katholische Publikationen erarbeitet.

„The Arabic Radio Mission Inc.“ nennt sich ein neues Rundfunkproduktionsstudio, das Salim Tannous in Torrington, Wyoming, gründete. Tannous arbeitete früher bei Radio ELWA in Liberia und will jetzt arabische Programme für diesen Sender sowie für den FEBC-Sender auf den Seychellen erstellen.

Einen Video-Produktionskurs hat die presbyterianische Kirche für zehn Künstler aus Minderheiten der New Yorker Bevölkerung veranstaltet. Der neunwöchige Kurs fand im Juli und August 1972 statt. Er bot den Künstlern Gelegenheit, nicht nur die technischen Möglichkeiten kennenzulernen, sondern auch ihr eigenes Schaffen mit Hilfe von Bandaufzeichnungen besser zu verstehen.

„Voces del Seminario“ heißt ein Fernsehprogramm, das von Studenten der Oblaten der Unbefleckten Empfängnis (OMI) in San Antonio (Texas) wöchentlich in spanischer Sprache hergestellt wird; die Sendung dient der religiösen Bildung und verzeichnet innerhalb der Vereinigten Staaten steigende Zuschauerzahlen.

Spanischsprachige Filme spielen in den Vereinigten Staaten jährlich wenigstens 5 Millionen Dollar ein. Beliebteste Filme bei der spanischsprechenden Bevölkerung waren bisher u. a. „Jesus unser Herr“, „Der Himmel und Du“, ein Film über einen jungen Priester, der einer Gruppe von jungen Rebellen hilft, und „Zapata“, ein Film, der das Leben dieses mexikanischen Revolutionshelden schildert.

ASIEN

JAPAN

„Good Shepherd Movement“: Der Präsidenten-Preis der „Nippon Broadcasting Network Corporation“ wurde dem „Good Shepherd Movement“ für einen Film über die Papstaudienz zu Ostern 1972 (vgl. CS 5:1972,

S. 274) verliehen. Dieser Film, heißt es u. a. in der Begründung, bringe nicht nur den Papst und das Christentum Japan näher, sondern mache auch den Namen der Fernsehstation überall bekannt. Der Film wurde seinerzeit in Zusammenarbeit mit dieser (kommerziellen) Fernsehstation produziert.

Ein Fernsehfilm über P. Maximilian Kolbe wurde am 11. August 1972 über das japanische Erziehungsfernsehen ausgestrahlt. Der einstündige Film über den im Oktober 1972 seliggesprochenen polnischen Franziskanerpater enthielt auch Aussagen von Augenzeugen, die P. Kolbe während seiner sechsjährigen Missionstätigkeit in Japan (Nagasaki 1930 bis 1936) gekannt hatten.

KOREA

Kardinal Stephan Kim, Seoul, kritisierte in einer Erklärung zum Befreiungstag des Landes (15. August 1972) Präsident Park Chung Hee scharf, er gebrauche Polizeimethoden. Die Erklärung des Kardinals wurde von den Massenmedien des Landes auf Anweisung der Geheimpolizei nicht veröffentlicht. Die katholische Wochenzeitung „Catholic Times“ erwähnte das Schreiben des Kardinals im Zusammenhang mit einem Bericht über seine Reise nach Afrika nur mit einem Satz.

MALAYSIA

Ein neues Produktionsstudio nahm die Evangelische Kirche Borneos in Lawas, Sarawak, im Sommer 1972 in Betrieb. Das Studio stellt Sendungen her, die von der „Far East Broadcasting Company“ in Manila ausgestrahlt werden.

PHILIPPINEN

25 *Bischöfe der Philippinen* nahmen Ende September 1972 in Manila an einem Seminar über den Gebrauch der Massenmedien teil. Das dreitägige Seminar begann zwei Tage, nachdem das Kriegsrecht über das Land verhängt worden war. Trotzdem konnte etwa die Hälfte aller Bischöfe des Landes an dem vom nationalen Büro für die soziale Kommunikation veranstalteten Schulungsseminar teilnehmen.

Die Verhängung des Kriegsrechts durch Präsident Marcos am 28. September 1972 brachte auch die vorläufige Schließung aller christlichen Radiostationen und christlichen Publikationen. Ende November 1972 waren von den Stationen der „Federation of Catholic

Broadcasters“ bis auf sieben alle Stationen wieder in Betrieb. Kurzfristig internierte führende katholische Publizisten wurden inzwischen wieder freigelassen.

„*Filipinas*“, offizielle Wochenzeitung der Erzdiözese Manila, stellte nach 40jährigem Bestehen Anfang August 1972 ihr Erscheinen aus finanziellen Gründen ein.

„*The Communicator*“ heißt ein wöchentlich erscheinendes neues Mitteilungsblatt, das vom nationalen katholischen Büro für Publizistik und der „Federation of Catholic Broadcasters“ seit dem 1. November 1972 in Manila herausgegeben wird. Das Blatt wurde aufgrund des verhängten Kriegsrechts von der ersten bis zur letzten Zeile zensiert. Chefredakteur ist P. James Reuter.

Die „*Far East Broadcasting Company*“, evangelischer Sender in Manila, kaufte zwei bisher als Relaisstation gebrauchte 100 kW-Kurzwellensender der „Voice of America“ auf Hawaii.

SHRI LANKA (CEYLON)

Ein silberner Löwe wurde beim Filmfestival in Venedig dem katholischen Filmproduzenten Lester James Peries für seinen neuesten Sinhala Film „Nidhanaya“ verliehen. Der katholische Informationsdienst in Colombo bezeichnete Peries bei dieser Gelegenheit als „Shri Lankas kreativsten Filmemacher“.

Ein nationalkatholisches Filmbüro („National Catholic Film Office“) wurde November 1972 in Colombo gegründet. Es wird von Weihbischof Oswald I. Gomis geleitet. Ziel des Büros ist es u. a., katholische Filmproduzenten zu ermuntern, christliche Werte stärker bei ihren Produktionen zu berücksichtigen.

TAIWAN

Die „*Lutheran Hour*“ bezog neue Produktionsstätten für das Chinaprogramm. Die vor allem als Hörspiel produzierten Programme werden in Mandarin, Taiwanesisch, Kantonesisch und Halla produziert. Die „China Lutheran Hour“, ist der chinesische Zweig der von der „Lutheran Laymen's League“ getragenen internationalen „Lutheran Hour“.

VIETNAM

„*Xay Sung*“, in Vietnam erscheinende katholische Tageszeitung, stellte im September 1972 ihr Erscheinen ein. Grund für diese Entscheidung ist ein neues Pressegesetz, das für

das Erscheinen einer Tageszeitung eine Kau-
tion von rund 600 000 DM zur Bedingung
macht. Der Chefredakteur der Zeitung, der
Geistliche Nguyen Quang Lam, hofft, daß es
sich nur um eine vorübergehende Maßnahme
handelt.

EUROPA

DEUTSCHLAND

Die Deutsche Bischofskonferenz bezeichnete
auf ihrer Herbstsitzung in Fulda im Septem-
ber 1972 die „kirchliche Verantwortung in
den Medien“ als einen der Schwerpunkte
ihrer Arbeit. Der Verkündigungsauftrag, so
meinen die Bischöfe, könne nicht an der
Realität der Medien und ihrem Einfluß vor-
begehen. Das publizistische Sofortprogramm
von Würzburg (vgl. CS 5:1972, S. 275) sehen
die Bischöfe als einen notwendigen Anfang
dazu an. Die Bischöfe beschlossen, eine publi-
zistische Arbeitsstelle im Sekretariat der Bi-
schofskonferenz zu gründen. Zum Referenten
für Medienfragen bei diesem Sekretariat
wurde inzwischen Direktor Wilhelm Schätz-
ler von der Kirchlichen Hauptstelle für Bild-
und Filmarbeit ernannt. Er wird seine Tätig-
keit in der Hauptstelle in Köln beibehalten.

*Das „Katholische Institut für Medieninfor-
mation“,* Köln, wählte den bisherigen Vor-
sitzenden, Prälat Dr. Franz Hermann, Bonn,
für weitere drei Jahre wieder. Zum geschäfts-
führenden Vorstand wurde außerdem am
2. Oktober 1972 ein erweiterter Vorstand ge-
wählt, der vor allem Herausgeberaufgaben
wahrnehmen soll.

Aktive Informationspolitik ist nach Ansicht
des Münchener Zeitungswissenschaftlers Prof.
Dr. Otto Roegele nicht die „Stärke“ der
katholischen Kirche. In einer Sendung des
Zweiten Deutschen Fernsehens sagte Roegele
am 17. November 1972, selbst „sehr aktuelle
und inhaltsreiche Stellungnahmen der Bi-
schöfe, etwa zur Frage der Menschenrechte,
der Verantwortung in der Wohlstandsgesell-
schaft, der Gewaltkriminalität“, fänden „viel
zu wenig Beachtung“. Dies liege an der
Kirche selbst und an einer mangelhaften Sen-
sibilität der öffentlichen Meinung.

Die Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse
hielt ihre 23. Jahrestagung vom 3. bis
5. Oktober 1972 in Münster ab. Von einem
Funktionswandel in den Redaktionen der
Kirchenpresse sprach der Vorsitzende der

Arbeitsgemeinschaft Dr. Oertel bei der Eröff-
nung. Die Bistumszeitungen vor allem wür-
den sich nicht mehr so sehr als „Sprach-
rohr des Bischofs“ verstehen, sondern ihre
Hauptaufgabe darin sehen, dem Leser Infor-
mationen aus Kirche und Gesellschaft zu bie-
ten und die Meinungsvielfalt innerhalb der
Kirche widerzuspiegeln. Die künftige Struk-
tur der Kirchenpresse müsse mehr durch Ko-
operation gekennzeichnet sein. Eine „Feldbe-
fragung“ der Arbeitsgemeinschaft solle dem-
nächst die Informations- und Kommunika-
tionserwartungen der Leserschaft ermitteln.
Die Auflage der katholischen Presse Deutsch-
lands wurde bei der Tagung mit 12 Millionen
angegeben.

„*Publik-Forum*“, von der „Leserinitiative
Publik“ herausgegebene Zeitschrift, hatte
Ende Oktober 9 550 Bezieher und eine
Druckauflage von 11 000 Exemplaren. Zum
Verein „Leserinitiative“ gehören 350 Mitglie-
der. Nach Angaben des verantwortlichen
Redakteurs Harald Pawlowski ist ein Er-
scheinen des Blattes im Umfang von 16 Sei-
ten mindestens bis Mai 1973 gesichert.

„*Dialogikus*“, 1969 vom Bund der Deutschen
Katholischen Jugend in Berlin-Tempelhof ge-
gründete Zeitschrift, erscheint seit September
1972 erstmals im Berliner Format als „eine
Zeitung mit 5000 Auflage für rund 20 katho-
lische Gemeinden“. Die ursprünglich alle zwei
Monate im Kleinformat erscheinende Zeit-
schrift versteht sich als kritische Ergänzung
zur Bistumspresse. Sie will sich vor allem
lokalen kirchlichen Problemen und „Ereignis-
sen und Vorfällen im Berliner Katholizismus“
widmen.

Den Ausbau der KNA forderte die Diöze-
sanversammlung des Bundes der Deutschen
Katholischen Jugend für das Bistum Rotten-
burg in Wernau Ende September 1972. KNA
und Pressestelle des Bistums müßten „im
Interesse einer für die Kirche dringend not-
wendigen pluralen und objektiven Öffent-
lichkeitsarbeit“ ausgebaut werden, heißt es in
einem Antrag an das Bischöfliche Ordinariat.

Der St. Otto-Verlag in Bamberg beging am
17. November 1972 sein 50jähriges Bestehen.
Im Verlag erschien bis 1969 das „Bamberger
Volksblatt“; jetzt erscheint im Verlag noch
die Kirchenzeitung für das Erzbistum Bam-
berg, das „St. Heinrichsblatt“. 40 Jahre hin-
durch wurde der Verlag durch den 1960 ge-

storbenen Prälaten Georg Meixner geprägt. Neben einem graphischen Betrieb mit 200 Mitarbeitern gehört zum Unternehmen auch eine Buchhandlung.

Direktor Willy Schmitz, Aachen, wurde bei der Ratssitzung der Katholischen Weltunion der Presse (UCIP) zum neuen Schatzmeister gewählt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1973 wurde er außerdem vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) als Vertreter dieses Verbandes in den Deutschen Presserat entsandt. Er wurde damit Nachfolger von Dr. Focko Lüpken, Bielefeld.

Der WDR-Kirchenfunk, Köln, heißt mit Wirkung vom 1. September 1972 Abteilung „Religion/Theologie/Kirche“.

Ein Medienseminar für Theologiestudenten hielt der kirchliche Beauftragte beim Bayerischen Rundfunk Dr. Willibald Laierseder Anfang Oktober 1972 im Regensburger Priesterseminar ab. Auf diese Weise sollten u. a., so erklärte der Veranstalter, „an der Basis“ geeignete Kräfte für die Rundfunkarbeit entdeckt und geschult werden.

Eine Rundfunkpredigertagung für evangelische Rundfunkprediger beim Südwestfunk fand Ende September 1972 in Bad Dürkheim-Seebach statt. Die Tagung stand unter dem Thema: Rundfunkverkündigung als Dienstleistung. Die Tagung leitete Pfarrer Konrad Jutzler, Baden-Baden.

Hermann Breucha, Stadtpfarrer in Stuttgart-Degerloch und bekannter Rundfunkprediger, starb am 29. Oktober 1972 im Alter von 70 Jahren. Breucha war lange Jahre Rundfunkbeauftragter der Diözese Rottenburg.

Saarländischer Rundfunk: Zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Intendanten des Senders Dr. Franz Mai und kirchlichen Stellen kam es nach einem Eingriff Mais in die Sendung „Aus kirchlicher Sicht“. In der Sendung vom 9. August 1972 hatte der evangelische Rundfunk- und Fernsehbeauftragte Pfr. Hans Dieter Osenberg erklärt, man könne nicht mehr umhin, das Geschehen in Vietnam anders denn als ein „Kriegsverbrechen“ zu verurteilen. Daraufhin hatte der Intendant selbst in einer Sendung der gleichen Reihe am 17. August gesprochen und darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion und China Millionen Granaten lieferten und Nordvietnam als Angreifer die Schuld für das unsagbare Leid trage.

„Bananera Libertad“ — Entwicklungsprobleme in Paraguay, Peru und Guatemala“, ein Dokumentarfilm des Schweizer Peter von Gunten, wurde auf dem Ersten Fernsehworkshop „Für eine gerechtere Welt“ in Trier (vom 30. Oktober bis 4. November 1972) mit einem Anerkennungspreis von 20 000 DM ausgezeichnet. Der Workshop wurde gemeinsam von „Misereor“, „Brot für die Welt“ und der Katholischen Akademie Trier veranstaltet.

Das „Tagebuch aus der katholischen Kirche“, eine Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens, wurde von der in Köln erscheinenden „Funkkorrespondenz“ aufgrund halbjähriger Beobachtungen kritisiert. Als Hauptmangel wirft Rupert Neudeck, der Autor des Beitrags, der Sendung fehlende Aktualität vor. Neben der „notwendigen planerischen Vorarbeit“ müsse die Sendung auch „spontan aktuellen Fällen und Ereignissen, selbst unbequemem, nachgehen“.

P. Horst Knott SJ (41) wurde am 21. September 1972 von der Deutschen Bischofskonferenz zum Fernsehbeauftragten beim Zweiten Deutschen Fernsehen (auf fünf Jahre) ernannt.

Die Katholische Filmarbeit hielt ihre Jahrestagung vom 17. bis 19. November 1972 in der Katholischen Akademie in Schwerte ab. Hauptthemen der Tagung waren die Neuordnung der katholischen Filmarbeit in Deutschland sowie Fragen der kirchlichen Filmkritik. Seit längerer Zeit wird eine Aufgliederung der Filmkommission nach einzelnen Aufgabenbereichen angestrebt. So sind z. B. Arbeitsgruppen für Medienpädagogik, für Fragen der Medienpolitik und für Vertrieb und Verleih vorgesehen.

Kommunikationspädagogik war das Thema von fünf Kursen für Priester, Seminarleiter und Referenten, die von der kirchlichen Hauptstelle für Bild- und Filmarbeit in den Monaten September und Oktober 1972 durchgeführt wurden. Für 1973 sind weitere Kurse geplant.

OCIC-Preis: Der Preis der Katholischen Filmarbeit bei der Mannheimer Filmwoche wurde Mitte Oktober 1972 dem britischen Kurzspielfilm „Meine Kindheit“ von Bill Douglas zuerkannt. Den Preis des Internationalen Evangelischen Filmzentrums (Interfilm) erhielt der deutsche Film „Kippe

Mannheim Rheinau“ des Regisseurteams Krauß, Ossowski, Schoeller.

„Mondo-X“, in Italien gegründeter internationaler und interkonfessioneller Jugendtelefonseelsorgedienst, nahm in Berlin für wöchentlich zwei Tage seine Arbeit im September 1972 auf. Der Dienst arbeitet bereits in mehreren europäischen Ländern.

FRANKREICH

Der Rat der UCIP, der Katholischen Weltunion der Presse, verabschiedete bei seiner Sitzung in Rennes am 23./24. September 1972 den bisherigen Generalsekretär, Msgr. Jesús Iribarren, und führte den neuen Generalsekretär der Weltunion, P. Jarque y Jutlar in sein Amt ein. Als Tagungsort für den X. Weltkongreß der katholischen Presse, der in einem Land der Dritten Welt stattfinden soll, wurden die Städte Nairobi, Caracas, Hongkong vorgeschlagen. Thema des Kongresses wird die Berufsethik des Journalisten sein. Verlagsdirektor Dr. Karl Bringmann (Düsseldorf) wurde bei Gelegenheit der Ratssitzung für seine Verdienste um die katholische Presse der päpstliche Gregoriusorden verliehen.

Katholische Schriftsteller haben nach einer Erklärung von Kardinal François Marty (Paris) vom 12. Oktober 1972 die „schwierige Aufgabe, für ihre Leser die Botschaft des Evangeliums zu übersetzen, sie aus den Zufälligkeiten des Augenblicks herauszulösen und sie in ihrer ganzen Reinheit darzustellen.“

Ein vatikanisches Informationsministerium, regten französische Journalisten in einem Gespräch mit Erzbischof Heston, dem Präsidenten der Päpstlichen Kommission für die soziale Kommunikation, bei einem Besuch Hestons in Paris an. Auch wünschten die Journalisten, der Papst möge in naher Zukunft selbst Pressekonferenzen einberufen. Kritisch äußerte man sich über die Tätigkeit des vatikanischen Presseamts.

Film und Entwicklung war das Thema einer Studientagung, die zusammen mit der Generalversammlung des „Office International Catholique du Cinéma“ (OCIC) in Deauville stattfand (vgl. den Beitrag in dieser Ausgabe).

Lucien Labelle, Montreal, wurde bei der Generalversammlung des „Office Internatio-

nal Catholique du Cinéma“ (OCIC) am 2. Oktober 1972 in Deauville zum neuen Präsidenten des Büros gewählt. Er wurde damit Nachfolger von Msgr. Jean Bernard (Luxemburg).

GROSSBRITANNIEN

Religiöse Fernsehsendungen: Die Verpflichtung für Fernsehstationen in Großbritannien, in den 70 Minuten nach 18 Uhr an jedem Sonntag religiöse Programme auszustrahlen, wurde von der Regierung in London aufgehoben.

ITALIEN

„*Information und die Entwicklung der Völker*“ war das Thema eines Nationalkongresses, den das Studienzentrum „Nicolo Rezara“ in Recoaro Anfang September 1972 veranstaltete.

Die Bewegung des „7. November“, in der sich die radikal-progressiven Proteststimmen der katholischen Kirche in Italien zusammenschlossen, kritisierte in einem für die Generalversammlung vom 3. bis 5. November vorbereiteten Dokument auch die publizistische Tätigkeit des Vatikans: Dem von der Pastoralinstruktion „Communio et Progressio“ gepredigten Recht auf Informationsfreiheit widerspreche die Unterdrückung mehrerer nicht „linientreuer“ katholischer Zeitschriften.

Die 5. Nationalversammlung der katholischen Presseunion Italiens („Unione Cattolica Stampa Italiana, UCSI“) fand vom 21. bis 23. Oktober 1972 in Fiuggi unter dem Thema „Der katholische Journalist in Kirche und Gesellschaft von heute“ statt.

„*Publizistik und die Zukunft Süditaliens*“ war das Thema einer Zusammenkunft von Medienexperten, Bischöfen und Diözesanverantwortlichen, die Anfang Oktober 1972 in Minori (Salerno) stattfand und an der auch der Substitut des Staatssekretariats, Erzbischof Giovanni Benelli, teilnahm.

Die Situation katholischer Presse in Süditalien war das Thema einer Studientagung katholischer Wochenblätter dieses Landes, die Anfang November 1972 in Taranto stattfand.

OCIC-Filmpreise: Der Preis des Internationalen Katholischen Filmbüros (OCIC) für

1972 wurde in Fiuggi bei Rom am 13. Oktober 1972 dem Film des Regisseurs Gordon Davis „The Trial of Catonsville Nine“ zuerkannt. Der Film behandle, so heißt es in der Begründung, die Kohärenz zwischen dem bürgerlichen und sozialen Verantwortungsbewußtsein auf der einen und den Grundsätzen des Evangeliums auf der anderen Seite“. Seinen Preis für das 33. Filmfestival in Venedig verlieh das OCIC 1972 nicht, „weil die gezeigten Filme den für die Verleihung erforderlichen Kriterien“ nicht entsprachen. Der Preis ist für einen Film bestimmt, der „durch Inspiration und Qualität den größten Beitrag zum geistlichen Wachstum und zur Entfaltung menschlicher Werte leistet“. Eine besondere Anerkennung wurde dem österreichischen Film „Verweigerung“ ausgesprochen, der die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen behandelt.

Roberto Rossellinis Film über das Leben des hl. Augustinus, für das italienische Fernsehen (RAI) gedreht, wurde in der zweiten Septemberhälfte 1972 in Turin uraufgeführt.

JUGOSLAWIEN

„*Glas Koncila*“, der katholischen Zeitschrift in Zagreb, wurde am 23. Oktober 1972 verboten, die neueste Ausgabe auszuliefern. Durch Gerichtsbeschluß wurde die Einstampfung der gesamten Auflage und die Vernichtung der Druckplatten angeordnet. Nach Ansicht des Gerichtes enthielt die Nummer zwei Artikel, in denen die Gläubigen aufgefordert wurden, die Gesetze des Landes nicht zu respektieren. Die Zeitschrift wurde bereits bei früheren Anlässen verboten (vgl. CS 3: 1970, 184).

LUXEMBURG

Abbé André Heiderscheidt, Direktor und Chefredakteur des „Luxemburger Wort“, wurde am 27. September 1972 zum geistlichen Beirat der Katholischen Weltunion der Presse (UCIP) ernannt. Die Ernennung erfolgte durch das vatikanische Staatssekretariat.

MONACO

Radio Monte Carlo strahlt täglich morgens zwei katholische Sendungen, eine in italienischer und eine in französischer Sprache, aus.

Außerdem werden sonntags zwei weitere katholische Programme gesendet. Einmal im Monat findet eine Rundfunkdiskussion statt, die in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung „Semaine-Provence“ gestaltet wird. — Dem evangelischen Missionssender „Trans-World-Radio“ steht seit Herbst 1972 eine zusätzliche halbe Stunde für ein französisches Programm zur Verfügung. „Trans World Radio“ mietet „Radio Monte Carlo“ für bestimmte Sendezeiten.

NIEDERLANDE

„*Wereld en Zending*“ heißt eine neue missionswissenschaftliche Zeitschrift, die durch die Zusammenlegung der bisherigen Zeitschriften „Het Missiewerk“ (katholisch) und „De Heerbaan“ (evangelisch) entstanden ist. Die Zeitschrift erscheint alle zwei Monate in Amsterdam.

ÖSTERREICH

„*Medienkunde für Theologiestudenten*“ hieß ein Kurs, der vom 25. bis 28. Oktober 1972 im Wiener Priesterseminar stattfand. Der Besuch des Kurses wurde Studenten vom fünften Studiensemester an empfohlen. Es wurden u. a. Grundfragen der Kommunikation, die öffentliche Meinung in der Kirche, Presse, Funk und Film und die Rolle des Priesters als Kommunikator behandelt.

„*Multimedia*“ heißt eine neue Medienzeitschrift, die seit Januar 1973 erscheint. In der neuen Publikation sind alle katholischen Medienpublikationen Österreichs vereinigt. Sie dient vor allem der Kritik von Film, Fernsehen, Hörfunk, Schallplatten und Büchern. Die wöchentlich erscheinende Ausgabe soll jeweils 8 Seiten umfassen, während eine zweimonatliche Ausgabe mit 20 Seiten Artikel zu Fragen der Medienpädagogik, der Medienwissenschaft und Zeitschriftenwertung bringen wird.

Karl Maria Stepan, von 1945 bis 1968 Generaldirektor des Styria-Verlags in Graz, starb am 11. September 1972. Stepan war jahrelang Präsident des Verbandes katholischer Publizisten in Österreich; er erwarb sich besondere Verdienste beim Auf- und Ausbau des Katholischen Pressevereins.

Die *katholische Filmkommission* Österreichs bestand Mitte Oktober 1972 fünfundzwanzig Jahre.

Mit Zeitungsanzeigen startete die Diözese Graz-Seckau im Herbst 1972 eine neue Aktion, um im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für den Auftrag der Kirche zu werben. So lautet etwa der Text eines Inserats in den steirischen Zeitungen: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Die Werbung könne, so betonen die für die Kampagne Verantwortlichen, die Verkündigung nicht ersetzen, wolle aber „das Vorfeld hierzu bereiten“. Sie wende sich vor allem an jene, die nicht unmittelbar von der Kirche erreicht würden.

POLEN

Ein Symposium für die Publizistik-Verantwortlichen der polnischen Diözesen fand im Oktober 1972 in Warschau statt. Die Erwachsenenkatechese und das Problem der Massenmedien waren Themen der Veranstaltung. Als Grundlage für die Diskussionen diente die Pastoralinstruktion „Communio et Progressio“.

„*Verum*“ heißt ein neuer katholischer Verlag in Warschau, der von Andrzej Micewski geleitet wird. Angeblich vertritt der Verlag keine besondere Gruppierung im polnischen Katholizismus, wie es die beiden katholischen Verlagshäuser „Znak“ und „Pax“ tun. Als erste Publikation des Verlags ist ein Buch mit dem Titel „Richtungen des gesellschaftlichen Engagements“ erschienen.

SCHWEIZ

„*Gesellschaft und Entwicklung*“ heißt eine neue Zeitschrift, die seit dem 1. Juli 1972 erscheint. Sie soll Informationen aus dem Bereich der Sozialethik vermitteln und wird vom Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, vom Sozialethischen Institut der Universität Zürich und von der Sozialen Studienkommission des Schweizerischen Reformierten Pfarrerbundes herausgegeben. Aufgrund besonderer Abmachungen ist jedes reformierte Pfarramt der deutschen Schweiz Abonnent der Vierteljahresschrift.

Eine ökumenische Medienzeitschrift besteht durch Zusammenschluß von „Der Filmberater“ und „Zoom“ als illustrierte Halbmonatschrift seit Januar 1973. „Der Filmberater“ erscheint im 32. Jahrgang und ist damit die älteste filmkulturelle Zeitschrift der Schweiz. Er wird herausgegeben von der Filmkom-

mission und der Radio- und Fernsehkommission des Schweizerischen Katholischen Volksvereins. „Zoom“ (früher: „Film und Radio“) erscheint im 24. Jahrgang und wird von der Vereinigung evangelisch-reformierter Kirchen der deutschsprachigen Schweiz für kirchliche Film-, Radio- und Fernseharbeit herausgegeben. Eine Nullnummer „Zoom-Filmberater“ erschien bereits Mitte September 1972.

„*Informationsdienst Dritte Welt*“ heißt eine Arbeitsstelle, die Öffentlichkeitsarbeit im Dienste der Entwicklung leisten will. Diese als Arbeitsgemeinschaft von Fastenopfer, Swissaid, Brot für Brüder und Helvetas getragene Stelle veröffentlicht regelmäßig Berichte über die Dritte Welt. Die Arbeitsstelle begann außerdem mit dem Aufbau einer entsprechenden Dokumentation (Neufeldstr. 9, Bern).

SPANIEN

„*Mensaje Iberoamericano*“, von der Kommission für Mission und kirchliche Zusammenarbeit der spanischen Bischofskonferenz veröffentlichte Zeitschrift, bestand im September 1972 25 Jahre. Die Zeitschrift wurde 1947 unter dem Titel „Mensaje“ gegründet.

„*Editorial Sevillana*“: Zu Spannungen kam es zwischen dem Verlag der dem Episkopat nahestehenden Zeitungskette „Editorial Católica“ (Madrid) und dem Verlag der Sevilleaner katholischen Zeitung „El Correo de Andalucía“ „Editorial Sevillana“. Von einem Versuch der „Editorial Católica“ im Mai 1972, der Zeitung aus Sevilla eine größere Verbreitung zu sichern, blieb jetzt nach verschiedenen Auseinandersetzungen nur noch eine Kapitalbeteiligung mit 28% bei „Editorial Sevillana“. Die fünf Aufsichtsratsmitglieder der Zeitungskette aus Madrid wurden von „Editorial Católica“ zurückgezogen.

TÜRKEI

„*Kulis*“, eine dem armenisch-apostolischen Patriarchat für die Türkei nahestehende, in Istanbul erscheinende Zeitschrift, stellte sich in den Dienst des Dialogs zwischen der Orthodoxie und den vordalzedonischen Kirchen des Ostens, mit Armeniern, Syrern, Kopten, Äthiopiern und Syro-Indern. Durch entsprechende Beiträge soll das gegenseitige Verständnis verbessert und sollen die Kontakte intensiviert werden.

VATIKAN

Der „Welttag der sozialen Kommunikation“ 1973 steht nach einer Veröffentlichung der Päpstlichen Kommission für die Soziale Kommunikation unter dem Thema: Die Instrumente der sozialen Kommunikation im Dienst der Bejahung und Förderung der geistigen Werte.

Publizistik und Mission: Auf die Bedeutung der modernen Kommunikationsmittel für die Weltmission der Kirche wies Kardinal Gray, Erzbischof von Edinburgh, bei der Vollversammlung der Kongregation für die Evangelisation der Völker (Propaganda) am 19. Oktober 1972 hin. Derselbe Gedanke wurde in der anschließenden Diskussion unterstrichen. Papst Paul VI. hatte bereits am 20. September 1972 in seiner Ansprache für die Mitglieder der Päpstlichen Missionswerke darauf hingewiesen, daß man trotz der ungeheuren Probleme, vor denen der Missionsauftrag heute stehe, die „großartigen Möglichkeiten“ nicht übersehen dürfe, die der „wunderbare Fortschritt von Wissenschaft und Technik“ der Kirche bei der Verkündigung der Heilsbotschaft anbiete.

Die Kirchenpresse erfülle eine unverzichtbare Aufgabe“ erklärte in einem Interview mit der deutschen Wochenausgabe des „L'Osser-

vatore Romano“ der neue Generalsekretär der Katholischen Weltunion der Presse, P. Juan Jarque, Anfang September 1972 in Rom. (vgl. CS 5:1972, S. 359 unter Venezuela).

Beim Journalistenwettbewerb zum Thema Weltmission, den die Kongregation zur Evangelisation der Völker (Propaganda) zu ihrem 350jährigen Bestehen ausgeschrieben hatte, wurden insgesamt 20 Arbeiten eingereicht. Die Preisträger wurden zum Ende des Jubiläumsjahres am 6. Januar 1973 bekannt gegeben.

Pornographie: Von einer „neuen Eskalation der pornographischen Industrie“ sprach der „L'Osservatore Romano“ in seiner Ausgabe vom 29. Oktober 1972. Nach Ansicht von Beobachtern bezog sich das Blatt u. a. auf eine neue italienische Ausgabe des „Playboy“.

ZYPERN

Einen 600 kW Relaisender, der kommerziell genutzt werden soll, errichtet Radio Monte Carlo augenblicklich auf Zypern. Der neue Sender soll vor allem Programme in französischer und arabischer Sprache ausstrahlen. Zu den festen Kunden von Radio Monte Carlo gehört auch die evangelische Gesellschaft „Trans World Radio“ (vgl. auch unter: Monaco).